

Beschlussbuch

Juso-Landesdelegiertenkonferenz 2008



„Jugend gehört gehört!“

03. bis 04. Mai 2008, Alte Festhalle, Tuttlingen

Impressum und V.i.S.d.P.:

Juso-Landesverband Baden-Württemberg
Klaus Eckert (Juso-Landesgeschäftsführer)
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Tel.: 0711 / 619 36 - 42

Fax.: 0711 / 619 36 - 48

E-Mail: Klaus.Eckert@spd.de

www.jusos-bw.de

Inhaltsverzeichnis

A	Arbeitsprogramm	
A 1	Arbeitsprogramm des Juso-Landesverbands 2008/2009	Seite 4
B	Steuern und Finanzen	
B 1	Leitantrag „Deutsches Steuersystem“	Seite 9
B 5	Negative Einkommenssteuer	Seite 16
C	Bildung	
C 2	Schulförderkurse	Seite 17
C 3	Muttersprachlicher Unterricht	Seite 18
C 6	Studiengebühren	Seite 19
C 7	Staatsexamen bei Rechtswissenschaften und Medizin	Seite 20
D	Innenpolitik	
D 1	Innere Sicherheit	Seite 21
D 2	BürgerInnenrechte	Seite 25
D 3	Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund	Seite 30
D 4	Zuwanderungsgesetz	Seite 31
E	Arbeit / Soziales / Wirtschaft	
E 2	Arbeit und Soziales	Seite 32
E 3	Kooperative Jobcenter	Seite 36
E 4	„Gute Arbeit“	Seite 37
E 5 neu	Leiharbeit	Seite 39
F	Außen- und Sicherheitspolitik	
F 1	Entwicklungszusammenarbeit	Seite 41
F 2	Darfur-Konflikt	Seite 44
F 4 neu	Olympische Spiele 2008	Seite 46
G	Gleichstellung	
G 1	Feminismus	Seite 48
G 2	Eingetragene Lebenspartnerschaft	Seite 49
G 3	Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung	Seite 50
I	Initiativanträge	
I 2	Generation Praktikum	Seite 51
I 4	Haushaltskonsolidierung	Seite 53
I 6	Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)	Seite 55
S	Sonstiges	
S 1	Jugendgemeinderäte	Seite 56
W	Wahlergebnisse	
	Ergebnis der Wahlen zum Juso-Landesvorstand	Seite 57
	Ergebnis der Wahlen der Delegierten zum Juso-Bundesausschuss	Seite 57
	Ergebnis der Wahlen der Delegierten zum Juso-Bundeskongress	Seite 58

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: A 1
Thema: Arbeitsprogramm 2008/2009
Antragsteller: Juso-Landesvorstand

Arbeitsprogramm 2008/2009

Das anstehende Superwahljahr 2009 wirft seine Schatten auch auf die Arbeit der Jusos in Baden-Württemberg voraus. Kommunal-, Europa-, und Bundestagswahlen decken nahezu das gesamte Spektrum der politischen Aktivität ab. Eine überalterte SPD im Land ist dabei dringend auf die Unterstützung der Jusos angewiesen. Die flächendeckende Kampagnenfähigkeit ist die zentrale Herausforderung, um sozialdemokratische Politik den Menschen näher zu bringen.

Zentrales Anliegen der Jusos ist es, dass die Europawahlen in ihrer Bedeutung nicht völlig von den Kommunal- und Bundestagswahlen überlagert werden. Hierzu wollen wir mit der zentralen Projektgruppe das entsprechende Zeichen setzen.

1. Inhaltliche Arbeit

a) Projektgruppe „Weltweite Migration – europäische Antworten?“

Steigende Zahl von Krisenherden, Rohstoffmangel, Zerstörung der Umwelt, schlechte Arbeitsplatzperspektiven: die Gründe für weltweite Migrationsbewegungen sind vielfältig. Auf der einen Seite nimmt der Migrationsdruck auf die Industriestaaten und die Europäische Union zu, auf der anderen Seite konkurrieren sie um „erwünschte“ hochqualifizierte Einwanderung.

Zum einen wollen wir uns mit dem Problem der Migration schwerpunktmäßig aus der europäischen Perspektive befassen und sozialdemokratische Antworten finden. Welche Einwanderungsregelungen werden bereits auf europäischer Ebene getroffen, welche sollten dort getroffen werden? Was unternimmt die EU mit Blick auf die wirtschaftlich schwächeren Staaten an ihren Außengrenzen? Wird in der Entwicklungszusammenarbeit genug geleistet?

Zum anderen wollen wir uns mit der ökonomischen Komponente von Einwanderung befassen. Welche Vorteile bringt die Einwanderung von hochqualifizierten MigrantInnen und welche Auswirkungen hat das gleichzeitig auf die Länder, die diese ExpertInnen verlieren? Wie verhält es sich mit Situation und Motivation Geringqualifizierter? Aber auch Einbindungsperspektiven für angrenzende, nicht-europäische Staaten sollen diskutiert werden.

b) Projektgruppe „Kommunalpolitik“

Schon in den beiden vergangenen Arbeitsjahren wurde der Grundstein für die Kommunalwahl 2009 gelegt. Im kommenden Arbeitsjahr werden kommunale Themen im Rahmen der Projektgruppe „Kommunalpolitik“ weiter ins Zentrum rücken. Wir wollen dabei auf der ei-

nen Seite die KandidatInnen auf die Fragestellungen der kommunalen Praxis vorbereiten, auf der anderen Seite aber auch unsere inhaltlichen Positionen zu kommunalen Themen neu formulieren.

Im Vordergrund sollen hierbei die Fragen der Daseinsvorsorge, der Jugend- und der Kulturpolitik stehen. Dieser Diskussionsprozess soll mit zahlreichen Veranstaltungen in den Juso-Kreisverbänden und -AGen vorangetrieben werden, die von jungen MandatsträgerInnen als ReferentInnen begleitet werden. Darüber hinaus wird im Frühjahr 2009 eine Veranstaltung mit Fachforen zu kommunalen Themen stattfinden.

c) Veranstaltungsreihe

Im kommenden Jahr soll wieder eine themenoffene Veranstaltungsreihe eingeführt werden, um flexibel und zeitlich nah aktuelle politische Entwicklungen und Ereignisse aufgreifen und diskutieren zu können. Darüber hinaus soll die Veranstaltungsreihe als Impulsgeber für die Juso-Kreisverbände fungieren, um Themen vor Ort weiterentwickeln zu können. Die Veranstaltungsreihe soll unter dem Titel „Sozial, nachhaltig, modern: Unsere Politik für morgen“ stehen. Auch soll der Verband wie bereits im Arbeitsjahr 2006/2007 in die Themenfindung per Abstimmung auf der www.jusos-bw.de-Homepage einbezogen werden.

d) Landespolitik

Die kontinuierliche inhaltliche Begleitung der Landtagssitzungswochen wollen wir im kommenden Arbeitsjahr fortsetzen. So können aktuelle Entwicklungen frühzeitig aufgegriffen, bewertet und kommentiert werden. In diesem Zusammenhang wollen wir sowohl die Rückkopplung mit der SPD-Landtagsfraktion als auch mit anderen (Jugend-) Organisationen im politischen und vopolitischen Raum aufrecht erhalten bzw. ausbauen und uns um eigene politische Akzentsetzungen im Bereich der Landespolitik bemühen.

2. Kampagne „Deine Stadt der Zukunft“

Begleitend zur Projektgruppe wird eine Kampagne unter dem Namen „Deine Stadt der Zukunft“ stattfinden, die sich ganz speziell an junge Menschen richtet und ihr Lebensgefühl und Politikverständnis anspricht. Ziel dieser Kampagne ist es, junge Menschen innerhalb und außerhalb der SPD für die Kommunalpolitik zu begeistern und frühzeitig für die Kommunalwahlen zu sensibilisieren. Des Weiteren wollen wir neue Mitglieder gewinnen und unsere jungen KandidatInnen in ihrem Wahlkampf unterstützen.

Als ersten Schritt wollen wir junge Menschen dazu anregen, sich mit den Problemen, den Vorzügen und den Chancen ihrer Stadt auseinander zu setzen. Zentrales Element ist eine eigens eingerichtete Homepage und ein Kurzfilm, der zum Nachdenken anregen soll. Auf der Homepage wird es die Möglichkeit geben, die eigenen Ideen zu diskutieren und sich über lokale Probleme auszutauschen. Wir wollen auch anderen Jugendverbänden die Möglichkeit geben, ihre Vorstellungen zur Diskussion zu stellen. Infos rund um die Kommunalwahlen werden ebenfalls auf der Homepage zu finden sein.

Das Design der Kampagne wird sich vom traditionellen Layout deutlich abheben. Als Materialien werden wir den KandidatInnen individuelle Homepages, Flyer, Plakate, Fragebögen etc. anbieten, die sich am Design der Kampagne anlehnen.

3. Seminarprogramm

Gemessen an den TeilnehmerInnenzahlen hat sich die Durchführung von Verbandswochenenden auch im vergangenen Arbeitsjahr bewährt. Aus diesem Grunde werden wir diese Ver-

anstellungsform auch im kommenden Arbeitsjahr beibehalten. Dabei muss insbesondere die Ergebnissicherung und -verarbeitung der dortigen Diskussionen sichergestellt werden.

Um allerdings die Arbeitseffizienz und inhaltliche Stringenz in den einzelnen Projektgruppen zu erhöhen, werden wir zusätzlich zu den Verbandswochenenden auch auf reine Tagesveranstaltungen setzen. Ziel soll es sein, das inhaltliche Potenzial der Veranstaltungsformen zu steigern und die Interessen der einzelnen Jusos stärker zu bündeln.

a) Neumitgliederseminare

Wie im vergangenen Arbeitsjahr sollen zwei Neumitgliederseminare durchgeführt werden, bei denen Neumitglieder und Interessierte aus dem ganzen Land miteinander in Kontakt treten sowie Grundlegendes über die Organisation des Juso-Landesverbands und seiner Aktivitäten erfahren können.

b) Neujahrsempfang

Der Neujahrsempfang ist mittlerweile zu einem festen Bestandteil im Veranstaltungsprogramm des Juso-Landesverbandes geworden. In ungezwungener Atmosphäre soll hier die Möglichkeit geboten werden, mit einem prominenten Gast zu diskutieren.

4. Frauenverbandsarbeit

Trotz einiger Verbesserungen bezüglich der Präsenz und Einbindung von Frauen auf den Veranstaltungen des Juso-Landesverbands und in den Juso-Kreisverbänden machen die Erfahrungen des letzten und der vorhergehenden Jahre deutlich, dass die Frauenverbandsarbeit weiterhin einen zentralen Platz in den Aktivitäten der Jusos haben muss.

Auch in diesem Jahr sollen attraktive Veranstaltungsformen mit teils allgemeinpolitischen, teils frauenspezifischen Inhalten dazu beitragen, die Vernetzung jüngerer und langjährig aktiver Juso-Frauen und deren Informationsaustausch zu fördern, den Kontakt zu Mandatsträgerinnen zu intensivieren und den Juso-Kreisverbänden vor Ort konkrete Hilfestellungen bei der Frauenförderung zu bieten. Dabei soll in diesem Jahr die Ansprache von Neumitgliedern stärker im Mittelpunkt stehen.

5. Kampf gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist kein Randphänomen, sondern ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft. In Baden-Württemberg herrscht im Vergleich zu allen anderen Bundesländern die höchste Wahlbereitschaft für rechtsextremistische Parteien vor. Die rechte Musikszene und die sog. „Autonomen Nationalisten“ versuchen verstärkt bei Jugendlichen im Südwesten Fuß zu fassen. Es gilt, den FaschistInnen entschlossen entgegenzutreten.

Der Juso-Landesverband wird die Aktivitäten der Gliederungen mit ReferentInnen, Informationen und Veranstaltungstipps unterstützen. Der bewährte „Antifa-Newsletter“ wird mit regelmäßigen Ausgaben fortgesetzt. Landesweite bedeutsame Aktivitäten von RechtsextremistInnen wird der Juso-Landesverband in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aufgreifen.

6. Kooperationspartner

a) Jugendgewerkschaften

Der begonnene Dialog mit den VertreterInnen der Jugendgewerkschaften in Baden-Württemberg soll intensiviert und verstetigt werden. In diesem Zusammenhang soll insbesondere versucht werden, gemeinsame Positionierungen zu ausbildungs- und jugendpolitischen The-

men zu erarbeiten. Im Rahmen von Betriebsbesichtigungen wird der Juso-Landesvorstand den Austausch auch mit einzelnen Jugendauszubildendenvertretungen vor Ort suchen.

b) Landeschülerbeirat

Der Juso-Landesverband wird sich weiterhin um einen engen Kontakt zum Landeschülerbeirat bemühen. Als Sprachrohr der SchülerInnen in Baden-Württemberg ist der Landeschülerbeirat für uns Jusos eine wichtige Informationsquelle für die Beurteilung aktueller Fragen der Bildungspolitik aus SchülerInnensicht.

c) Landesjugendring und andere Jugendorganisationen

Das gute Verhältnis zum Landesjugendring soll fortbestehen und weiterentwickelt werden. Der Landesjugendring stellt für den Juso-Landesverband in Sachen Jugendpolitik und ehrenamtlichem Engagement einen wichtigen Bündnispartner dar. Darüber hinaus sollen weitere Organisationen im Jugendbereich für Kooperationen und Gedankenaustausch gewonnen werden.

7. Außendarstellung

a) Internet

Die Homepage www.jusos-bw.de bleibt weiterhin das zentrale Online-Informationsmedium des Juso-Landesverbands. Um uns darüber auch weiterhin als modernen Jugendverband zu präsentieren, wollen wir u.a. auch den Einsatz von Videos und Blogs sowie die Einrichtung einer Photo-Datenbank auf unserer Homepage prüfen. Unser Ziel ist zudem, dass jeder Juso-Kreisverband über ein modernes und aktuelles Homepage-Angebot verfügt. Der Juso-Landesverband wird hierzu auf Anfrage der Juso-Gliederungen diesen eine Homepage-Grundstruktur auf Basis des Layouts der Juso-Landesverbands-Homepage zur Verfügung stellen.

Der Newsletter, in den sich Interessierte auf unserer Homepage-Startseite eintragen können, wollen wir durch eine stärkere Werbung und einen häufigeren Versand noch intensiver als Informationsmedium für jeden Jusos und Interessierte ausbauen.

b) Pressearbeit

Die guten Kontakte zur Landespresse wollen wir weiter ausbauen. An unserem Anspruch, uns zeitgleich zu den in den Sitzungswochen des Landtags behandelten Themen zu äußern, halten wir fest.

Der Juso-Landesverband wird den Gliederungen auch weiterhin Muster-Pressemitteilungen für deren Pressearbeit vor Ort bereitstellen. Zum Ziel einer erhöhten Medienpräsenz sind wir weiterhin für gemeinsame Pressemitteilungen mit anderen Organisationen, vor allem anderer Jugendorganisationen, offen. Parallel zu unseren Presseverlautbarungen denken wir auch über medial darzustellende Aktionen nach, die das inhaltliche Thema begleiten und uns ggf. Medienöffentlichkeit ermöglichen.

8. Internationale Kontakte

a) Sommerschule

Im Sommer wird erneut die Sommerschule im Transnet-Camp im südfranzösischen Eze sur mer stattfinden. Die Sommerschule, die sich zu einem zentralen Baustein unserer politischen Bildungsarbeit entwickelt hat, wird sich auch in diesem Jahr schwerpunktmäßig mit europäischen Themen auseinandersetzen und zudem die Möglichkeit des Austausches mit französischen Jusos bieten.

b) Austauschprogramm

Der Kontakt zu den ausländischen Partnerorganisationen soll vom Juso-Landesverband beibehalten und intensiviert werden. Der Juso-Landesverband wird entsprechende Bemühungen der Juso-Kreisverbände weiterhin aktiv unterstützen.

Hierunter fällt auch die Begleitung des Besuchsprogramms einer palästinensischen Jugend-Delegation, das federführend vom Juso-Kreisverband Freiburg durchgeführt wird.

9. Bundesverband

Wie auch in den zurückliegenden Jahren werden die Jusos Baden-Württemberg auf Bundesebene engagiert für ihre inhaltlichen Positionen kämpfen. In einzelnen Themenfeldern sollen dabei jenseits der jahrzehntelang tradierten Blöcke Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden. Die kontinuierliche Mitarbeit in den Perspektivprojekten der Bundes-Jusos wird fortgesetzt.

10. Arbeit in der SPD

Mit Blick auf die Landes-SPD gilt es, dass bei den anstehenden personallastigen Parteitag die inhaltliche Schwerpunktsetzung nicht zu kurz kommen darf. Der Juso-Landesverband wird sich daher an der programmatischen Auseinandersetzung innerhalb der Partei intensiv beteiligen.

Als Jusos in der SPD sehen wir uns als Motor der Zukunft. Ein eigenständiges Profil ist dabei unverzichtbar. Aus diesem Selbstverständnis heraus wollen wir uns konstruktiv-kritisch mit Inhalten und Personen innerhalb und außerhalb unserer Partei auseinandersetzen.

Die Arbeit in der SPD wird allerdings auch von den Aufstellungen der Europa- und der Bundestagswahlliste geprägt sein. Bei beiden Ereignissen werden wir als Jusos unser innerparteiliches Gewicht versuchen zu nutzen, um jungen KandidatInnen aussichtsreiche Listenplätze zu ermöglichen.

Die Jusos werden sich weiterhin dafür ins Zeug legen, bei der Mitgliedergewinnung die treibende Kraft innerhalb der SPD zu bleiben.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: B 1
Thema: Deutsches Steuersystem
Antragsteller: Juso-Landesvorstand

„Deutschland gerecht besteuern“

Unsere Vision

Wir Jusos kämpfen für einen Sozialstaat, der allen Menschen von Anfang an dieselben Chancen eröffnet. Wir kämpfen für einen Sozialstaat, der Menschen befähigt, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen; der vorsorgt und nicht erst dann eingreift, wenn Menschen bedürftig werden. Wir kämpfen für einen Sozialstaat, der niemanden verloren gibt und durch das Netz der sozialen Sicherung fallen lässt. Unser Gesellschaftsbild zeichnet sich durch Menschen aus, die füreinander einstehen und in dem starke Schultern bereit sind mehr zu tragen als schwache.

Wir bekennen uns zum Modell des steuerfinanzierten Sozialstaats. Wir sind davon überzeugt, dass es gerechter ist, soziale Leistungen eines Staates durch Steuern zu finanzieren. Steuerzahlungen enden nicht an der Beitragsbemessungsgrenze und stellen auch nicht – wie im Bismarckschen Modell der sozialen Sicherung – eine schlichte Umverteilung innerhalb nur eines Teils der Bevölkerung dar, nämlich dem Teil der gesetzlich (Pflicht-) Versicherten.

Wir wollen, dass der Sozialstaat ein verlässlicher Partner der Menschen ist. Bei den zentralen Lebensrisiken setzen wir daher auf garantierte Mindestleistungen für alle, um ein Abrutschen in Armut zu verhindern. Im Gegenzug zu den Steuervorschlägen sollen im gleichen Umfang die Sozialversicherungsbeiträge sinken. Wir versprechen uns davon, dass der Faktor Arbeit entlastet wird und der Sozialstaat auf eine breitere Grundlage gestellt wird.

Uns ist bewusst, dass ein solcher Staat auf die Beteiligung aller BürgerInnen einer Gesellschaft angewiesen ist. Eine jede und ein jeder muss nach seiner individuellen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung beitragen. Wir brauchen daher ein Steuersystem, das jeden Einzelnen gerecht nach seiner individuellen Leistungsfähigkeit besteuert.

Unsere Ansprüche an ein sozialdemokratisches Steuersystem

Unsere Anforderungen an ein sozialdemokratisches Steuersystem sind für uns vor allem in den Bereichen der Gerechtigkeit, der Effizienz und der Transparenz zu finden. Hierbei steht für uns im Vordergrund, dass Steuern für einen freiheitlich-demokratischen Staat das wichtigste Mittel sind, um den öffentlichen Finanzbedarf zu decken und so die nötigen Ausgaben tätigen zu können. In unserer Vision eines steuerfinanzierten Sozialstaats stellen Steuern die zentrale Einnahmequelle und das zentrale Steuerungsinstrument dar.

Gerechtigkeit

Wir Jusos fordern ein sozialdemokratisches, gerechtes Steuersystem. Der Aspekt der Gerechtigkeit lässt sich dabei in die Unterasspekte „Belastungsgerechtigkeit“, „Verständnisgerechtigkeit“ und „Erhebungsgerechtigkeit“ untergliedern. Wir sind uns dabei bewusst, dass Einzelfallgerechtigkeit um jeden Preis diesen Zielen zuwiderläuft.

Um Belastungsgerechtigkeit zu gewährleisten, müssen finanziell Leistungsfähige steuerlich stärker belastet werden als weniger leistungsfähige BürgerInnen. Wer ein höheres Einkommen hat oder erbt, muss damit nicht nur absolut, sondern auch prozentual in einem höheren Maße für die Allgemeinheit aufkommen.

Damit Verständnisgerechtigkeit gewährleistet ist, muss ein Steuersystem so einfach sein, dass alle Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit haben, legale, staatlich gewollte Steuervorteile zu erkennen und zu nutzen, ohne hierfür eine/n Steuerberater/in aufsuchen zu müssen. Ein komplexes System mit vielen Ausnahmetatbeständen benachteiligt kleine Einkommen zusätzlich.

Erhebungsgerechtigkeit liegt dann vor, wenn Steuern auch tatsächlich bei denjenigen erhoben werden, die sie schulden. Das Steuersystem darf daher nur so komplex sein, dass es noch eine effektive Steuerkontrolle zulässt. Es darf keine Steuern geben, die nicht effektiv kontrolliert werden können, da so gerade keine gleichmäßige Erhebung gewährleistet ist, sondern „der/die Ehrliche der/die Dumme ist“. Die Steuerbehörden müssen den Aufgaben entsprechend effizient ausgestattet sein und ihre Kontrollfunktion effektiv wahrnehmen.

Effizienz

Die Erhebung einer Steuer muss in einem vertretbaren Verhältnis zu ihrer Ergiebigkeit stehen. Hierbei sind sowohl Kosten des Staates für die Erhebung als auch die der Steuerpflichtigen selbst für Steuerplanung, Steuerberatung, Zeitaufwand etc. zu berücksichtigen.

Transparenz

Das Steuersystem muss so transparent und für alle so verständlich wie möglich sein. Dies schafft Vertrauen in den Staat und seine Funktionsfähigkeit. Wenn jede/r weiß, dass auch der/die andere seine Steuern bezahlt, wird dem unrühmlichen Wettlauf um den/die besten Steuerhinterzieher/in ein Stück weit die Basis entzogen.

Unsere Forderungen im Bereich der Steuerverwaltung:

Hier kann durch die Einführung einer Bundessteuerverwaltung Abhilfe geschaffen werden. Die Konzentration der Verwaltungskompetenzen beim Bund führt dazu, dass die Erhebung der Steuern endlich effizient wird. Auch die Steuerfahndung, in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft, kann zentral organisiert werden und schlagkräftiger agieren.

Die Steuerhinterziehung ist heutzutage ein „Kavaliersdelikt“. Dies muss sich ändern, denn es ist ganz einfach gesprochen Betrug gegenüber dem Staat und der Solidargemeinschaft. Die Strafverfolgungsmechanismen für Steuerhinterziehung müssen daher wirkungsvoller ausgestaltet werden. Darüber hinaus setzen wir uns für die Verschärfung der Strafvorschriften bei Steuerhinterziehung ein.

Unsere Forderungen im Bereich der Einkommenssteuer:

1. Das Einkommenssteuerrecht unterscheidet sieben verschiedene Einkunftsarten. Diese müssen aus Gründen der Transparenz und Praktikabilität deutlich reduziert werden. Insbesondere die Gewinneinkunftsarten „Land- und Forstwirtschaft“, „gewerbliche

Einkünfte“ sowie „selbstständige Tätigkeit“ müssen zusammengefasst und vereinheitlicht werden. Für die historisch zu erklärende Unterscheidung zwischen diesen drei Einkunftsarten fehlt in heutiger Zeit die Notwendigkeit.

2. Durch die Streichung von Steuerausnahmen und die Vereinfachung des Einkommenssteuersystems werden wir die Kosten der Steuererhebung für BürgerInnen und Staat deutlich reduzieren. Die Steuerhinterziehung kann dadurch eingedämmt werden, die Effizienz wird somit merklich gesteigert. Ökonomisch motivierte Steuerausnahmen sind nur noch zuzulassen, wenn ein Marktversagen attestiert werden kann. So z.B. im Fall der Förderung von regenerativen Energien. Wir sind der Auffassung, dass direkte Subventionen zielgerichteter eingesetzt werden können als Steuerausnahmetatbestände. Dies soll soweit möglich auch für sozialpolitisch gewollte Ausnahmetatbestände gelten. Diese sollen einer entsprechenden Prüfung unterzogen werden.
3. Um vor allem kleinere Einkommen zu entlasten, fordern wir den Grundfreibetrag und die Progressionsstufen regelmäßig der Inflationsentwicklung anzupassen. Diese Anpassung soll im Rahmen des Jahressteuergesetzes erfolgen, sobald sich die nominale Inflation um sieben Prozent gegenüber der letzten Anpassung erhöht hat.

Der Grundfreibetrag wurde seit mehreren Jahren nicht erhöht, was auch vor allem in Anbetracht der Inflation zu einer Aushöhlung dieser Steuerbefreiung für niedrige Einkommen führt. Um dieses Problem dauerhaft zu lösen und eine Anpassung des Grundfreibetrags nicht einem Parteienwettbewerb vor Wahlen auszusetzen, plädieren wir für die Einführung eines automatischen Inflationsausgleichs. Auch lässt sich eine Erhöhung durch eine Anreizwirkung begründen, da ein Grundfreibetrag über dem Niveau der Grundversorgung durch Arbeitslosengeld II den Anreiz zur Arbeitsaufnahme erhöht. Des Weiteren kann durch einen höheren Grundfreibetrag eine Streichung von Ausnahmetatbeständen des Einkommenssteuerrechts ausgeglichen werden. Da hiervon alle Einkommensschichten profitieren, ist dies durch eine entsprechende Anhebung der Steuersätze im oberen Einkommensbereich zu kompensieren.

4. Wir halten an unserem Beschluss fest, das Ehegattensplitting abzuschaffen. Diese Steuererleichterung für Ehegatten ist in der derzeitigen Ausgestaltung nicht mehr zeitgemäß und besitzt keine sozialpolitische Rechtfertigung.

Aus sozialdemokratischer Sicht sind vielmehr die Kinder zu fördern. Das gegenwärtige System der Kinderfreibeträge bevorzugt Besserverdienende. Aus unserer Sicht sind alle Kinder gleich zu behandeln. Daher muss der Kinderfreibetrag abgeschafft und durch die einheitliche Zahlung des Kindergelds ersetzt werden. Dabei sollen nachhaltige Investitionen in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen Vorrang vor Kindergelderhöhungen haben, da das sozialdemokratische Ziel der Chancengleichheit durch eine gezielte direkte Investition in Infrastruktur besser zu erreichen ist als beispielsweise durch die Zahlung des von den Konservativen geforderten Betreuungsgeldes.

5. Der derzeitige Spitzensteuersatz in der Einkommenssteuer beträgt 42 Prozent bzw. 45 Prozent ab einem Einkommen von mehr als 250.000 Euro unter Einbezug der sog. Reichensteuer. Wir sprechen uns dafür aus, die Reichensteuer bereits deutlich früher einzusetzen zu lassen und diese auch prozentual zu erhöhen. Dadurch werden nur sehr hohe Einkommen belastet und tragen mehr zu den staatlichen Aufgaben bei. Kleinere und mittlere Einkommen werden von dieser Erhöhung nicht betroffen.

Auch stehen wir einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes positiv gegenüber, dies allerdings vor dem Hintergrund unserer Zielsetzung, unseren Sozialstaat überwiegend

über Steuern zu finanzieren. Einer schlichten Erhöhung des Spitzensteuersatzes zur Finanzierung des laufenden Haushalts ohne Einbettung in ein Gesamtkonzept stehen wir kritisch gegenüber.

6. Wir sprechen uns unter Vorbehalt für die 2009 wirksam werdende Abgeltungssteuer und die mit dieser Steuer eingeführten Änderungen bezüglich der Besteuerung von Kapitaleinkünften aus. Es ist positiv zu bewerten, dass die bisherige einjährige Spekulationsfrist aufgehoben wird und damit alle Gewinne aus privaten Aktiengeschäften besteuert werden. Dies betrifft vor allem auch institutionelle Großanleger. Zudem wird durch die Abgeltungssteuer eine Vereinfachung geschaffen: Alle Einkünfte aus Kapitalvermögen werden gleichmäßig erfasst und Personengesellschaften werden Kapitalgesellschaften steuerlich nahezu gleichgestellt, wenn der persönliche Spitzensteuersatz erreicht ist.

Problematisch ist aber, dass durch die Abgeltungssteuer der Gleichheitssatz durchbrochen wird, da nicht mehr alle Einkommen dem gleichen Steuertarif unterworfen werden. Einkünfte aus Arbeit werden somit in der Regel höher besteuert als solche aus Kapitalvermögen. Hervorzuheben ist jedoch, dass eine Veranlagungsoption für diejenigen besteht, deren Einkommensteuersatz unterhalb von 25 Prozent liegt. Somit kann nicht die Ungerechtigkeit entstehen, dass jemand, dessen Gesamteinkünfte sehr niedrig sind, mit 25 Prozent statt einem geringeren Steuersatz besteuert wird. Im Bereich hoher Einkommen besteht dagegen ein Vorteil für die BezieherInnen hoher Kapitaleinkünfte. Diese liegen demnächst unter ihrem persönlichen Grenzsteuersatz.

Diese Ungerechtigkeit gegenüber BezieherInnen gleich hoher Einkommen aus anderen Einkunftsarten ist jedoch zu rechtfertigen, wie Finanzminister Peer Steinbrück gesagt hat: „Lieber 25 von X, als 45 von nix“. Im internationalen Vergleich besteht ein hoher Druck auf die nationalen Steuerrechtsordnungen, insbesondere bei der Kapitalbesteuerung. Diesem kann sich auch Deutschland nicht entziehen. Es bleibt keine andere Möglichkeit, um die Abwanderung von Kapital in das günstiger besteuerte Ausland zu verhindern. Für den Finanzplatz Deutschland und die ganze Volkswirtschaft ist es wichtig, über ausreichend Kapital zu verfügen.

Wir fordern, die Effizienz und die Auswirkungen der Abgeltungssteuer genau zu analysieren und diese auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Sollte die Abgeltungssteuer nicht die gewünschten Wirkungen erzielen, so ist diese wieder abzuschaffen.

Unsere Forderungen im Bereich der Unternehmensbesteuerung:

1. Wir fordern die konsequente Überprüfung der Unternehmenssteuerreform. Auch wenn wir die eingeleiteten Schritte theoretisch in großen Teilen begrüßen, so gilt es, diese auf ihre Umsetzung in die unternehmerische Praxis zu überprüfen. Sollte die angestrebte Aufkommensneutralität der Unternehmenssteuerreform nicht zeitnah erreicht werden, muss die Senkung der Körperschaftsteuersätze revidiert werden.
2. Wir fordern die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung. Es ist unser Ziel, vor allem Anreize für Sachinvestitionen zu schaffen und nicht Finanzinvestitionen einseitig zu bevorzugen. Daher halten wir die degressive Abschreibung vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen für ein sehr wichtiges Instrument, um Liquidität zu gewährleisten und Investitionen zu tätigen.
3. Des Weiteren sehen wir die Notwendigkeit, dem globalen Steuersenkungswettbewerb geeignete Maßnahmen entgegen zu halten. Eine abwartende Grundhaltung

diesen Entwicklungen gegenüber lehnen wir ab. Aus unserer Sicht kann dies nur durch eine Einführung einer einheitlichen europäischen Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen erzielt werden. Dies bedeutet, dass in allen Mitgliedsstaaten der Gewinn eines Unternehmens auf dieselbe Art berechnet wird. Zusätzlich muss, wie in Deutschland auch bei der Gewerbesteuer gesetzlich festgelegt, der Mindeststeuersatz auf diese einheitliche Bemessungsgrundlage verbindlich für alle Staaten innerhalb der EU festgeschrieben werden.

4. Die praktische Ausgestaltung der Zinsschranke muss auf ihre Tauglichkeit überprüft werden, um vor allem mittelständische Unternehmen, für die die Aufnahme von Krediten eine Notwendigkeit und nicht ein Steuersparmodell darstellt, nicht weiter zu belasten.
5. Um das Finanzaufkommen der Kommunen zu sichern, ist die Unternehmensbesteuerung langfristig dahingehend zu reformieren, dass die Körperschaftssteuer bzw. Einkommensteuer und die Gewerbesteuer in einer entsprechenden neuen Unternehmensbesteuerung aufgehen. In Zukunft soll es also eine einzige, völlig neue Steuer für Unternehmen geben. Für diese legt der Bund einen Grundsteuersatz fest. Die Kommunen erhalten ein Hebesatzrecht, das ihre verfassungsrechtliche Einnahmequelle stärkt. Durch diese neue Unternehmensbesteuerung werden dann auch FreiberuflerInnen erfasst. Somit besteht eine zusätzliche Einkommensstärkung der Kommunen.
6. Die Debatte um die teilweise ungerechtfertigte Höhe von ManagerInnengehältern hat Handlungsbedarf aufgezeigt. Wir Jusos fordern, dass ManagerInnengehälter nur noch begrenzt als Betriebsausgabe abzugsfähig sind, wie dies seit Jahren schon in den USA der Fall ist. Dies sorgt einerseits dafür, dass überhöhte Zahlungen an ManagerInnengehältern an Attraktivität verlieren und zugleich die Steuerbemessungsgrundlage von Unternehmen erhöht wird, was zu höheren Steuereinnahmen führt. Auch sind die Abfindungsregelungen zu überprüfen. Hierbei fordern wir ebenfalls eine Einschränkung der Absetzbarkeit von Abfindungen.

Unsere Forderungen im Bereich der Erbschafts-/Schenkungssteuer:

1. Die Einteilung der Steuerklassen sollte folgendermaßen lauten:
Steuerklasse I: Ehegatten, eingetragene Lebenspartner, Eltern, Kinder und Enkelkinder (Bei der Vererbung von Betriebsvermögen an gemeinnützige Organisationen oder Stiftungen und Kirchen ist sicherzustellen, dass der begünstigten Einrichtung im Vergleich zu Personen der neu zu schaffenden Steuerklasse I keine Nachteile entstehen.)
Steuerklasse II: Neffen, Nichten, Großeltern, Schwiegereltern, Geschwister
Steuerklasse III: Andere Personen

Dabei sollen erstmals auch eingetragene LebenspartnerInnen in die Steuerklasse I, da es keinen Grund gibt, diese in den Steuersätzen anders zu behandeln als Ehegatten.

Wir Jusos halten die Weitergabe von Vermögen im nahen Verwandtenkreis für freistellungswürdig, soweit damit die Basis des Lebensstandards abgesichert wird.

2. Das Bundesverfassungsgericht hat Ende 2006 in einem Urteil entschieden, dass die unterschiedliche Bewertung von Grund- und Kapitalvermögen gegen das Grundgesetz verstößt, mit der Folge, dass Grundvermögen künftig ebenfalls nach Marktwert bewertet werden muss. Daher sollten die neuen Freibeträge nach Anpassung der

Wertermittlung insbesondere für Grundvermögen wie folgt festgesetzt werden: Ehegatten und LebenspartnerInnen 400.000 Euro, Kinder 300.000 Euro, Eltern und Enkelkinder 150.000 Euro. Damit stellen wir in den meisten Fällen sicher, dass „Omas Häuschen“ steuerfrei vererbt werden kann.

Darüber hinaus finden wir es richtig, dass es Bagatellgrenzen zur Erleichterung der Erhebung gibt, halten jedoch 10.000 Euro als Freibetrag in den Steuerklassen II und III für ausreichend. Wir halten es nicht für erforderlich, dass es weitere spezielle Freibeträge für bestimmte Gegenstände gibt – hierzu gehören beispielsweise Schmuck oder ähnliches, da vor allem Gelegenheitsgeschenke nicht besteuert werden sollen .

3. Auf das zu versteuernde Erbe soll eine progressive Steuer erhoben werden, deren Grenzsteuersatz sich linear vom Eingangssteuersatz (Steuerklasse I: 10 Prozent - Steuerklasse II: 20 Prozent, Steuerklasse III: 30 Prozent) bis zu einem Spitzensteuersatz von 50 Prozent erhöht. Dieser obere Grenzsteuersatz wird in Klasse I bei zwei Millionen Euro erreicht, in Klasse II bei 1,5 Millionen Euro und in Klasse III bei einer Million Euro.
4. Eine Besteuerung der Unternehmensnachfolge darf nicht die Fortführung des Unternehmens bedrohen. Wir fordern daher einen einheitlichen Steuersatz für Betriebsvermögen von 25 Prozent. Ziel einer solidarischen Wirtschaftsordnung ist es, Arbeitsplätze zu schaffen und die Attraktivität zur Bildung von Betriebsvermögen zu erhalten.

Den Erben sollte die Möglichkeit zur zinsfreien Ratenzahlung der Steuerschuld gewährt werden. Dabei darf ein Zeitraum über zehn Jahren nicht überschritten werden. Enteignungsähnliche Steuersätze lehnen wir ausdrücklich ab. Eine Finanzierung der Erbschaft- und Schenkungssteuer durch Kredite bei Banken und Gläubigern führt zu einem Anstieg des Fremdkapitals beim Unternehmen. Eine steigende Verschuldung auf Grund einer Steuererhebung kann nicht im Sinne der Jusos liegen.

5. Die Bewertung des Betriebsvermögens soll nach dem Verkehrswert erfolgen. Dieser ist grundsätzlich aus Veräußerungen unter fremden Dritten abzuleiten, die zeitnah zum Besteuerungszeitpunkt (weniger als ein Jahr) erfolgen. Fehlen derartige Veräußerungen, soll der Verkehrswert unter Berücksichtigung der Ertragsaussichten oder einer anderen anerkannten Methode zu schätzen sein. Als Mindestwert wird die Summe der gemeinen Werte der Einzelwirtschaftsgüter des Unternehmens abzüglich der Schulden festgelegt. Die Einzelheiten sollen in einer Rechtsverordnung geregelt werden. Darin soll auch ein Ertragswertverfahren angeboten werden, das den Beteiligten eine verlässliche und angemessene Bewertung ermöglicht.
6. Bei Anteilen an börsenorientierten Kapitalgesellschaften ermittelt sich der gemeine Wert nach dem Börsenkurs. Bei nichtnotierten Anteilen ist der gemeine Wert aus Veräußerungen unter fremden Dritten abzuleiten, die weniger als ein Jahr vor dem Besteuerungszeitpunkt zurückliegen.
7. Durch diese Art der Erbschaftssteuer halten wir eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer nicht für nötig. Die alljährliche Berechnung der individuellen Bemessungsgrundlage würde in einem deutlichen Missverhältnis zum Ertrag stehen.

Unsere Forderungen im Bereich der Mehrwertsteuer:

Die Mehrwertsteuer kann einen wichtigen Beitrag zur Sozialstaatsfinanzierung leisten.

1. Zunächst müssen die Erträge der zurückliegenden Mehrwertsteuererhöhung in vollem Umfang in die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge gelenkt werden. Danach

sehen wir eine Erhöhung auf das europäische Durchschnittsniveau zur weiteren Senkung als notwendig an.

2. Um gerade BezieherInnen sehr niedriger Einkommen nicht zu belasten, fordern wir die gleichzeitige Senkung des verminderten Mehrwertsteuersatzes. Gleichzeitig setzen wir uns allerdings dafür ein, dass dieser Satz auf Waren des täglichen Bedarfs wie beispielsweise Grundnahrungsmittel oder Zeitschriften Anwendung findet.

Solide Finanzen für zukünftigen Handlungsspielraum

Wir Jusos sind uns bewusst darüber, dass ein sozialer Staat ein handlungsfähiger Staat sein muss. Daher messen wir einer soliden Finanzpolitik, die die Staatsverschuldung abbauen hilft, einen hohen Stellenwert bei. Von einem Staat, der durch die finanziellen Belastungen der Vergangenheit in seiner Gestaltungsfreiheit eingeschränkt ist, haben nur diejenigen etwas, die nicht auf ihn angewiesen sind. Einer rücksichtslosen Schuldentreiberei, wie sie von unseren politischen Mitbewerbern egal welcher Couleur betrieben wird, erteilen wir eine klare Absage.

Auch in einer globalisierten Welt setzen wir darauf, dass sich Solidarität in unserer Gesellschaft organisieren lässt: Zwischen Arm und Reich ebenso wie zwischen Jung und Alt. Diese Solidarität wollen wir in ein entsprechendes Steuersystem unter sozialdemokratischen Vorzeichen einbetten.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: B 5
Thema: Negative Einkommenssteuer
Antragsteller: Juso-KV Mannheim / Juso-KV Rastatt/Baden-Baden

Negative Einkommenssteuer

Wir fordern eine Abgabensenkung im Niedriglohnbereich durch die Einführung eines abgabenfreien Basiseinkommens aus Erwerbsarbeit für eine/n arbeitende/n Alleinstehende/n in Höhe von 750 Euro mittels einer Einkommenssteuergutschrift im Rahmen eines negativen Einkommenssteuermodells mit entsprechend modifizierten Freigrenzen beim Vorhandensein von Kindern oder Ehepartnern. Ein-Euro, Mini- und Midi-Jobs gehen in der negativen Einkommenssteuer auf. Bei Alleinstehenden soll die Einkommenssteuergutschrift bis zu einem Bruttolohn von 1.300 Euro auf Null zurückgeführt werden mit entsprechenden Abweichungen bei Veranlagung von Kindern/Ehepartnern.

Zudem fordern wir die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns, um eine größere Ausnutzung des neuen Modells für Lohndumping zu verhindern. Anpassungen dieses Mindestlohns sollen nach britischem Modell über eine Kommission erfolgen, die zu je einem Drittel aus VertreterInnen der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Wirtschaftswissenschaftlern besteht.

Wir erkennen die Existenz eines Niedriglohnssektors in Deutschland sowie seine derzeitige beschäftigungs- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit an. Die bloße Existenz eines Niedriglohnssektors kann weder als gut noch als schlecht bezeichnet werden. Es kommt für die Betroffenen auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen, Nettoeinkommen und die Möglichkeiten des Aufstiegs in höhere Lohnklassen an. In Deutschland wird derzeit über die Subventionierung atypischer Beschäftigungsverhältnisse (z.B. Mini-Jobs) und einer hohen Steuer- und Abgabenlast verhindert, dass die Menschen in der Gruppe der Nicht- und Geringqualifizierten im Niedriglohnssektor ein reguläres Beschäftigungsverhältnis finden.

Ziel der Politik muss die Neuausrichtung des Niedriglohnssektors auf Existenz sichernde Beschäftigung sein. Arbeit muss sich endlich wieder lohnen.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: C 2
Thema: Schulförderkurse
Antragsteller: Juso-KV Sigmaringen

Umfangreiches Förderprogramm an Schulen – Förderung der Stärksten und der Schwächsten vorantreiben

Ein Problem an Schulen ist sicherlich, dass es in einer Klasse immer SchülerInnen geben wird, die das behandelte Unterrichtsmaterial nicht (auf Anhieb) verstehen. Ebenso sicher wird es auch SchülerInnen geben, die sich im Unterricht deutlich unterfordert fühlen werden. Insbesondere wer die Ganztagesesschule will, muss sich mit diesem Phänomen auseinandersetzen und darf sich der Erkenntnis nicht verweigern, dass eine Unterforderung der Stärksten und eine Überforderung der Schwächsten in Klassen von Ganztagesesschulen vermehrt vorkommen wird, wenn nicht entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Es ist weder in unserem Interesse, dass schwächere SchülerInnen zurückbleiben, noch, dass stärkere nicht ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden und deren Talente quasi verkommen.

Deshalb fordern wir:

- für die schwächsten SchülerInnen in den Hauptfächern einen einstündigen, in besonderen Fällen zweistündigen Förderkurs in den jeweiligen „Problemfächern“,
- für die stärksten SchülerInnen in den Hauptfächern einen einstündigen Förderkurs in den jeweiligen Fächern, in denen der Schüler/die Schülerin besonderes Talent zeigt,

einzurichten.

Wir haben bereits jetzt zu viele geringqualifizierte Arbeitskräfte; dem gilt es entgegenzuwirken. Wenn wir auf Dauer erfolgreich sein wollen, dürfen wir es auch nicht versäumen, für Menschen mit besonderen Begabungen eine optimale Förderung zu gewährleisten. Deutschland braucht qualifizierte Spitzenleute, aber Deutschland braucht ebenso einen großen, möglichst gut qualifizierten Durchschnitt. Wir sollten darauf bedacht sein, jedem Menschen die bestmögliche Schulausbildung zu garantieren, nicht nur im Hinblick auf die deutsche Volkswirtschaft, sondern auch auf die Persönlichkeitsentwicklung jeder/s Einzelnen.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: C 3
Thema: Muttersprachlicher Unterricht
Antragsteller: Juso-KV Waldshut

Integration fördern – Potenziale ausschöpfen: Muttersprachlicher Unterricht in den Unterricht integrieren

Wir fordern an allen Schularten Sprach- und Kulturunterricht in den Herkunftssprachen der SchülerInnen mit Migrationshintergrund anzubieten.

Der Unterricht kann im Rahmen des Regelunterrichts als Fremdsprache neben anderen oder im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft angeboten werden. In beiden Fällen erfolgt eine Leistungsbeurteilung, die im Zeugnis ausgewiesen wird. Eine Arbeitsgemeinschaft kann ab acht SchülerInnen eingerichtet werden. Die Teilnahme an diesem Unterricht steht insbesondere auch SchülerInnen offen, deren Muttersprache deutsch oder eine andere Sprache ist. Die entsprechende Sprache kann als zweite oder dritte Fremdsprache gewählt werden.

Da muttersprachlicher Unterricht, der heute schon angeboten wird, von schlecht qualifizierten LehrerInnen durchgeführt wird, die selbst der Sprache nicht oder nur schlecht mächtig sind, fordern wir, dass die LehrerInnen, die diesen Unterricht durchführen sollen, an deutschen Universitäten und in fortführenden LehrerInnenseminaren ausgebildet werden, damit eine qualitativ hochwertige Bildung gewährleistet werden kann.

Die Erziehung zu Mehrsprachigkeit ist als Bildungsziel in den Bildungsplan aufzunehmen.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: C 6
Thema: Studiengebühren
Antragsteller: Juso-KV Tübingen

Studiengebühren – Schon gezahlt?

Wir fordern alle BefürworterInnen der Studiengebühren auf, ihre Studiengebühren nachträglich zu zahlen. Die ehemaligen Studierenden sollten, wenn sie Studiengebühren wirklich richtig finden, auch jetzt so handeln.

Für jedes Semester sind 400 Euro an die StudentInnen der ehemaligen Universität zu entrichten. Alle Gelder fließen in einen vom AStA verwalteten Topf, aus dem Studierende eine Bezuschussung ihres Studiums beantragen können. Auch möglich ist eine direkte Patenschaft zwischen einem/einer Ehemaligen und einem/einer Studierenden. Die näheren Vergabekriterien sind vom AStA der jeweiligen Universität festzulegen. Wer gerne zahlen würde, aber sein Studium im Ausland verbracht hat, sollte an die Universität zahlen, die seinem/i ihrem Wohnort am nächsten liegt. Wir fordern insbesondere die Verantwortlichen der baden-württembergischen Landesregierung auf, ihren Lippenbekenntnissen jetzt Taten folgen zu lassen.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: C 7
Thema: Staatsexamen bei Rechtswissenschaften und Medizin
Antragsteller: Juso-KV Rhein-Neckar

Festhalten am Staatsexamen

Das Universitätsstudium der Rechtswissenschaften und das Universitätsstudium der Medizin sowie das Hochschulstudium des Lehramts sollen weiterhin mit einem Staatsexamen abgeschlossen werden. Das darauf abzielende Studium soll wie bisher auf das Staatsexamen ausgerichtet und wissenschaftlich sein. Reformen innerhalb des Staatsexamenssystems bleiben unberührt.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer:	D 1
Thema:	Innere Sicherheit
Antragsteller:	Juso-KV Calw / Juso-KV Enzkreis / Juso-KV Freudenstadt / Juso-KV Pforzheim / Juso-KV Rastatt/Baden-Baden

Sicherheit für Baden Württemberg

Oft bestimmen Schlagworte wie Terrorismusbekämpfung, Onlinedurchsuchung und Jugendkriminalität die Debatte um Innere Sicherheit in der Öffentlichkeit.

Falsche Anschuldigungen, unzutreffende „Wahrheiten“ und oft auch nur Unwissen tragen zu einer öffentlichen Stimmung bei, die dem eigentlichen Ziel, einer sicheren und toleranten Gesellschaft, abträglich ist. PolitikerInnen und einige konservativ-populistische Medien spielen häufig gezielt mit den Ängsten der Bevölkerung und nehmen jede Möglichkeit wahr, um neue, vermeintlich unausweichliche, repressive Maßnahmen zu fordern.

Seit Jahren – und insbesondere durch die Anschläge des 11. September – wird die Debatte, wie Innere Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten ist, auf eine Art und Weise geführt, die oft Objektivität und Weitsicht vermissen lässt. Statt sich Gedanken über den Sinn und Zweck konkreter Maßnahmen zu machen, wird das Thema für populistische Meinungsmache missbraucht. Dabei ist Innere Sicherheit ein zu wichtiges Thema, als dass es in unsachlichen Debatten zum WählerInnenfang herangezogen werden sollte.

Die Polizei als Garant für Sicherheit

Die Polizeibehörden der Bundesländer tragen in erheblichem Umfang zur Sicherheit der BürgerInnen bei. Sie sind vor Ort bei Veranstaltungen, gehen auf Streife und ermitteln – oft auch im Rahmen des Kampfs gegen den Terror. Nur eine starke Polizei, die personell und technisch gut ausgestattet ist, kann für ein Höchstmaß an Innerer Sicherheit sorgen. Deshalb muss der aktuelle Personalbestand nicht abgebaut, sondern ausgebaut werden

Wochenarbeitszeiterhöhungen sind kein Mittel zur Verbesserung der Personalversorgung. Wir fordern die Landesregierung auf, die Ausbildungsplätze bei der Polizei so aufzustocken, dass eine nachhaltige Sicherung des Personalbestands erreicht werden kann. Die bisher von der Landesregierung angekündigten Zahlen reichen bei weitem nicht aus. Es muss gewährleistet sein, dass genügend Polizeikräfte vorhanden sind – auch an Wochenenden und in Nachtstunden. Die sich immer stärker ausbreitende „Bürgerpolizei“ darf nicht als Ersatz für reguläre Polizeikräfte eingesetzt werden.

Wir fordern eine besondere Einstellungsoffensive für junge MigrantInnen im baden-württembergischen Polizeidienst. Ein solches Programm erhöht die Akzeptanz der Polizei in alle Bevölkerungsschichten hinein und hilft durch ein „besseres Verstehen“ im täglichen Um-

gang mit Opfern und TäterInnen mit Migrationshintergrund. Ein/e Polizist/in, der/die in einer kritische Situation vielleicht türkisch spricht, ist mit Sicherheit erfolgreicher als ein/e Polizist/in, der/die den Jugendlichen nur schlecht versteht und kaum mit ihm kommunizieren kann.

Wo die Polizei auf eine größere Akzeptanz trifft, kann sie auch zur Prävention eingesetzt werden. Prävention muss ein wichtiger Bestandteil bei der Bekämpfung von Kriminalität bleiben. Vor Ort werden unsere aktiven BeamtInnen auch mit Opfern und TäterInnen mit Migrationshintergrund konfrontiert. Hierzu ist – um schneller und besser agieren zu können – kulturelle Sensibilität erforderlich. Dazu zählen beispielsweise auch Sprachkenntnisse. Wir fordern entsprechende Weiterbildungsprogramme für die PolizistInnen während ihrer Berufstätigkeit.

Zur Entlastung der PolizistInnen fordern wir eine angemessene Unterstützung der Reviere durch Personal, welches die BeamtInnen bei der Arbeit von Büroarbeiten unterstützt. Hierzu ist unter anderem die Einführung des Ausbildungsberufs der/des Polizeifachangestellten entsprechend dem Pendant in der Zivil-Verwaltung der/des Verwaltungsfachangestellten notwendig.

Polizeiaufgaben nur durch Polizeikräfte

Einsätze der Bundeswehr im Inneren, welche über die Amts- und Katastrophenhilfe im Sinne des Grundgesetz Artikel 35 hinausgehen, lehnen wir ab. Wir stehen zur klaren Trennung von Polizei und Bundeswehr. Es muss sichergestellt werden, dass die Länderpolizei ihren Aufgaben entsprechend finanziell, materiell und personell ausgestattet ist.

Für uns Jusos deutet der Umstand, dass man SoldatInnen im Inland einsetzen will, auf einen eklatanten Mangel bei den Polizeikräften hin. Behauptungen, Polizeikräfte könnten Großveranstaltungen nicht genügend sichern, haben sich nachweislich als falsch entpuppt. Die Forderung nach Militäreinsätzen innerhalb Deutschlands reiht sich in eine Reihe anderer Pläne ein, die nicht in erster Linie dazu dienen, Innere Sicherheit zu gewährleisten, sondern Handlungsspielräume staatlicher Gewalt auf Kosten der Freiheitsrechte unserer BürgerInnen zu vergrößern.

Gewaltmonopol in den Händen des Staates

Das Gewaltmonopol muss in den Händen des Staates bleiben. Die zunehmende Privatisierung auch im Sicherheitsbereich betrachten wir Jusos mit Sorge. Das Hamburger Programm der SPD schreibt dazu: „Sicherheit vor Verbrechen darf niemals zur Ware werden. Sie ist eine Bringschuld des Staates, die Kehrseite seines Gewaltmonopols.“

Kommunale Verantwortung

Wir sind der Auffassung, dass die kommunal Verantwortlichen am besten die Gegebenheiten, Probleme und Lösungen vor Ort kennen. Die Kommunen sind – mit Unterstützung des Landes – aufgefordert, Prävention durch Stadtteilsozialarbeit und Schulsozialarbeit zu betreiben. Es ist die Aufgabe des Landes, in jeder Gemeinde – auch im ländlichen Raum – für kontinuierlichen, im Notfall sofort verfügbaren Polizeivollzug zu sorgen. Die Schließung von Polizeiposten aus reinen finanzpolitischen Gründen lehnen wir ab.

Wir lehnen Videoüberwachung prinzipiell ab, soweit sie nicht ausschließlich als ein Werkzeug zur Blickwinkelvergrößerung der Polizei (und im Bereich öffentlicher Verkehrsmittel auch der Sicherheitsdienste) dient. Man kann sich Sicherheit in einem demokratischen

Rechtsstaat nie auf Kosten der Freiheitsrechte des Einzelnen erkaufen. Durch bloße Videoaufzeichnung können Straftaten nicht vermieden werden.

Wir sperren uns allerdings nicht der Erkenntnis, dass unterstützende Kameraüberwachung auch zum Einschreiten und zur Aufklärung von Straftaten führen kann. Dies ist genau dann der Fall, wenn die Kamera nicht aufzeichnet, sondern unter ständiger, unmittelbarer Beobachtung durch eine befugte Person steht, die im Falle einer Straftat direkt die zuständige Polizeistreife informiert und nur in einem solchen Fall eine Speicherung der Aufnahmen zur Beweissicherung veranlasst.

Uns ist bewusst, dass eine Videoüberwachung ausgewiesener Kriminalitätsschwerpunkte, egal ob mit oder ohne eine unmittelbare Auswertung, immer nur zu einer Verlagerung und niemals zu einer Verhinderung von Kriminalität führt. Der von manchen PolitikerInnen beschworene „Abschreckungseffekt durch Kameras“ ist bestenfalls kurz nach dem Anbringen der Kameras zu beobachten. Daher lehnen wir eine präventive Dauerüberwachung ebenso ab wie das lang- und mittelfristige Speichern jedweder gemachter Aufnahmen, da beides die Persönlichkeitsrechte, gerade von Personen, die sich der Kameras nicht bewusst sind, unverhältnismäßig einschränkt.

Informationspolitik der öffentlichen Stellen

Information und Transparenz durch und bei staatlichen öffentlichen Stellen ist in einer Demokratie unabdingbar. Informationen müssen aber immer auch die reale Situation so nüchtern wie möglich wiedergeben, um nicht unnötig Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung auszulösen. Unseriöse Informationspolitik schafft kein Vertrauen in unsere staatlichen Stellen und dient oftmals nur der persönlichen und parteipolitischen Profilierung.

Klar ist: Eine Terrorgefahr darf, wenn sie besteht, nicht heruntergespielt werden. Sie muss ernst genommen und entschieden bekämpft werden.

Terrorbekämpfungsmaßnahmen

Terrorismus zielt darauf ab, Menschen in Angst zu versetzen und den demokratischen Rechtsstaat langfristig zu zerstören. Er muss entschieden bekämpft werden. Die Bekämpfung des Terrors darf dabei niemals Freibrief werden, um gegen unbequeme politische AktivistInnen vorgehen zu können, die so in die Nähe von TerroristInnen gerückt werden.

Zur Bekämpfung drohender Terrorgefahr stehen dem Rechtsstaat verschiedene Mittel zur Verfügung. Diese dürfen nicht willkürlich eingesetzt werden, sondern müssen einer genauen Prüfung unterzogen werden. Auch hierzu schreibt das Hamburger Programm der SPD: „Der demokratische Rechtsstaat kann und muss jegliche Gewalt, auch die eigene, dem Recht unterwerfen.“

Wir lehnen eine Zusammenlegung der nachrichtendienstlichen Überwachung mit der Strafverfolgung ab und treten für die klare Trennung von Kompetenzen ein. Nachrichtendienste und Polizei müssen weiterhin getrennt existieren. Allerdings ist die Vernetzung der unterschiedlichen Organe untereinander, im Rahmen der Amtshilfe, unablässig.

Auch eine Weiterentwicklung der Verfassungsschutzämter zu Ermittlungsbehörden, die keiner Kontrolle der Justiz unterliegen, lehnen wir ab. Ein Status, in dem viele unbescholtene Einzelpersonen ohne konkrete Verdachts- und Gefahrenlage in Datensystemen erfasst werden, und der auf diese Weise den Ausnahmezustand zur Norm erhebt, entspricht nicht unse-

rem Bild einer toleranten und offenen Gesellschaft. Das Argument, ein/e braver Bürger/in habe nichts zu befürchten, ändert nichts an der Einschränkung von BürgerInnenrechten.

Werden Sondermaßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus getroffen, muss über eine zeitliche Befristung nachgedacht werden, damit ein Zustand der Überwachung nicht zum Dauerzustand wird.

Vertrauen in Sicherheit

Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Demonstrationen sollen friedlich und ohne Anwendung von Gewalt oder mit Sachschäden verlaufen, dazu stehen wir Jusos. Trotzdem kommt es auf Demonstrationen immer wieder zu gewalttätigen Eskalationen, bei denen DemonstrantInnen und PolizistInnen teils schwer verletzt werden. Diese Verletzungen beruhen sowohl auf Gesetzesübertretungen von DemonstrantInnen als auch der Polizei.

Im Falle von Körperverletzungen durch die Polizei ist eine dem/der Verletzten rechtstaatlich zustehende gerichtliche Klärung aber oftmals nicht möglich, da die Einsatzkräfte der Polizei aufgrund ihrer Sicherheitsausrüstung nur schwer zu identifizieren sind. Wir fordern daher die Einführung einer Nummerierung der Einsatzkräfte, um bei Verletzungen eine für beide Seiten des Verfahrens faire rechtstaatliche Kontrolle der staatlich monopolisierten Gewaltausübung zu gewährleisten. Dies hat zudem den Vorteil, dass einzelne „schwarze Schafe“ innerhalb der Polizei zur Rechenschaft gezogen werden können und damit die sehr gute Arbeit der baden-württembergischen Polizei nicht in der Öffentlichkeit beschädigt wird.

Sicherheit in Freiheit

Sicherheit wurde in den Debatten der letzten Jahre oftmals der Freiheit vorgezogen. Doch nur wer frei ist, kann auch tatsächlich sicher sein, und umgekehrt gilt: wer sicher ist, kann auch seine Freiheit wahrnehmen. Beide dieser Antipoden müssen ausgewogen sein, um langfristig Sicherheit und Freiheit für die BürgerInnen Baden-Württembergs und auch des gesamten Bundesgebietes zu gewährleisten. Allein durch einen sachlichen Umgang mit diesem wichtigen Thema werden wir zu einer Lösung gelangen, die BürgerInnenrechte anerkennt *und* für Sicherheit sorgt. Verzahnt mit einer fortschrittlichen Präventionspolitik können wir kommende Herausforderungen in Angriff nehmen.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: D 2
Thema: BürgerInnenrechte
Antragsteller: Juso-KV Mannheim

BürgerInnenrechte stärken – Der Rechtsstaat darf nicht ausgehöhlt werden!

Die persönlichen Freiheitsrechte und der Datenschutz der BürgerInnen in der Bundesrepublik aber auch in ganz Europa werden immer mehr zu Gunsten einer vermeintlichen Stärkung der Inneren Sicherheit in den Hintergrund gedrängt, in Teilen sogar ausgehöhlt. Die Einführung biometrischer Reisepässe, die Erfassung und Weitergabe von Fluggastdaten im Rahmen des transatlantischen Abkommens zum Austausch von „Passenger Name Records“ (PNR) und die geplante Ausweitung dieses Systems auf den europäischen Flugverkehr, die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung sowie die unzähligen verfassungswidrigen Vorschläge des neuen BKA-Gesetzes sind nur Einzelbeispiele dafür, dass der/die einzelne Bürger/in zunehmend als potenzielle Gefahr für die Allgemeinheit dargestellt wird und die Schaffung größtmöglicher Sicherheit eine rein technische Frage sein soll. Dies steht im Widerspruch zu unserem Verständnis des freiheitlichen Zusammenlebens in einer sozialen Demokratie. Wir sind uns bewusst, dass neue technische Entwicklungen für die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität beachtet werden müssen. Allerdings ist nicht alles, was technisch möglich ist, auch tatsächlich sinnvoll und moralisch wünschenswert. Die Politik muss die Freiheitsrechte der BürgerInnen schützen und vorausschauend Einwände der Datenschützer und mögliche Sicherheitsrisiken bei der Einführung neuer Fahndungsmethoden berücksichtigen. Wir fordern, dass in Zukunft der Datenschutz als zentrales Element sozialdemokratischer Innen- und Sicherheitspolitik anerkannt wird und bei politischen Entscheidungen eine gleichberechtigte Rolle neben anderen Schutzbedürfnissen spielt.

Keine Ausweitung des Systems der Fluggastdatenübertragung auf Basis von „Passenger Name Records“.

Wir Jusos lehnen die Pläne der EU-Kommission zum Aufbau eines eigenen europäischen Systems zur Auswertung von PNRs in Anlehnung an das stark umstrittene transatlantische Abkommen ab. Die „dezentral“ von den Fluggesellschaften zu erfassenden Daten sollen letztendlich zentral in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten gespeichert werden, wobei gleichzeitig der ständige Zugriff für andere Mitgliedsstaaten zu gewährleisten wäre. Praktisch liegt damit eine zentrale Datenbank vor. Die zentrale Erfassung persönlicher Daten in solch einem Ausmaß stellt eine enorme Verletzung der Privatsphäre des Einzelnen dar. Eine zentrale Datenbank vereinfacht potenziellen Missbrauch in Form von Datendiebstahl, rechtswidrigem Gebrauch oder Manipulation. Unter diesem Gesichtspunkt stehen Sicherheitsgewinn und Freiheitsverlust für uns hier in keinem Verhältnis.

Dezentrale Speicherung und zeitliche Begrenzung

Stattdessen plädieren wir für eine dezentrale Erfassung der Daten bei den Fluggesellschaften, wie bisher teilweise bereits für den kommerziellen Einsatz geschehen. Wir lehnen damit die von einer Mehrheit der EU-Staaten präferierte „push“-Methode bei der Datenerfassung ab, also den automatischen Transfer der Passagierdaten von den Flugunternehmen an staatliche Institutionen. Stattdessen bevorzugen wir die „pull“-Methode, bei der die staatlichen Institutionen Zugriff auf die Datenbestände des Flugunternehmens nehmen können. Dies darf jedoch keinen Freifahrtschein für allgemeines Datensammeln darstellen, sondern nur in wichtigen und begründeten Fällen sollen solche Zugriffe erlaubt bleiben. Auch eine Ausweitung der Speicherungszeit der Daten auf 13 Jahre ist absurd. Wir fordern eine reguläre Löschung der Daten nach fünf Jahren. Ausnahmen können auf der Basis einer besonderen Begründung durch zuständige staatliche Institutionen auf richterliche Anordnung gewährt werden, zum Beispiel im Fall eines erhärteten Verdachts oder laufender Ermittlungen.

Einschränkung des Fragenkatalogs

Außerdem sind wir der Meinung, dass ein möglicher Vermerk zu Essensgewohnheiten und anderen persönlichen Eigenschaften, wie im transatlantischen Abkommen praktiziert, nicht langfristig gespeichert werden darf. Wir bezweifeln generell, dass Kriminelle verwertbare Adressen bei der Buchung von Flugtickets angeben oder TerroristInnen E-Mail-Kontakt Daten offen legen, auf denen sie ihre Instruktionen für Anschläge erhalten. Diese Leute werden sich zu schützen wissen, der/die unbescholtene Bürger/in bzw. Fluggast wird dagegen vollständig erfasst. Wir plädieren deswegen unter Abwägung der Vor- und Nachteile für eine Überarbeitung der geplanten 19 Unterpunkte der verpflichtenden Datenspeicherung und eine Beschränkung auf wesentliche Fakten. Zusätzlich fordern wir eine Vorverlegung der verpflichtenden Löschung privater Kontaktadressen.

Kein biometrisches Ein- und Ausreiseregister für Drittstaatsangehörige!

Im Vorgehen gegen Terror und Organisierte Kriminalität, aber auch und vor allem gegen „illegale“ Einwanderungsströme, kommt es immer wieder zu Forderungen nach einem Ausbau der Erfassung biometrischer Datensätze von Drittstaatsangehörigen, die visumsfrei in die EU einreisen können.

Nach Einführung der biometrischen Reisepässe und der geplanten 13-jährigen Speicherung von Fluggastdaten droht nun der nächste Datenerhebungsexzess. Wir Jusos hegen schwerste Bedenken gegen das von der EU-Kommission angeregte biometrische Einreiseregister, das im Rahmen des Aufbaus eines Grenzkontrollsystems eingeführt werden soll. Die Trennlinien zwischen Einwanderungskontrolle und polizeilichen Maßnahmen würden bei diesen Plänen zunehmend verwischt, eine zweckbestimmte Verwendung der personenbezogenen Informationen wäre nicht gesichert.

Wir halten diese Pläne für unangemessen und lehnen die Erfassung und zentrale Speicherung von biometrischen Daten aller Ein- und Ausreisenden mit automatischer Auslösung eines Haftbefehls nach Ablauf der genehmigten Aufenthaltszeit ab. Ein Grenzkontrollsystem nach dem Vorbild des amerikanischen System US VISIT wirft ernsthafte datenschutzrechtliche Bedenken auf. Der Plan, dass letztendlich auch EU-BürgerInnen in das System einbezogen werden sollen, zeigt, wie maßlos mit den Rechten des Einzelnen umgegangen wird. Wir wollen keine Europäische Union, die Menschen aus Drittstaaten von vornherein als Verbrecher behandelt.

Das neue BKA-Gesetz muss auf dem Fundament des Rechtsstaats stehen!

Wir Jusos sagen Ja zu einer Reform des BKA-Gesetzes nach rechtsstaatlichen Vorgaben. Nachdem das Bundeskriminalamt durch die erste Stufe der Föderalismusreform die Kompetenz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus besitzt, muss diese Kompetenz gesetzlich umgesetzt werden. Pläne hierfür existieren seit langem. Dabei fordern wir Jusos eine erhebliche Überarbeitung des im Sommer 2007 bekannt gewordenen BKA-Gesetzesentwurfes. Dieser geht deutlich über Vereinbartes hinaus und greift stattdessen Elemente des sog. „Schäuble-Katalogs“ zum Aufbau einer restriktiven und repressiven Sicherheitsarchitektur auf. Zusätzlich alarmiert sind wir durch die Veröffentlichung von Aussagen aus einem vertraulichen BKA-Bericht an die Innenminister Ende des vergangenen Jahres 2007, laut dem unter dem Eindruck des vereitelten Terroranschlages in Deutschland im September noch weiter gehende Maßnahmen gefordert werden. Wir rufen die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Innenminister dazu auf, bei den Änderungen des BKA-Gesetzes auf den folgenden aufgeführten Aspekten zu bestehen.

Keine Ausweitung des Großen Lauschangriffs!

Wir fordern, dass auch in Zukunft die Privatsphäre beim Großen Lauschangriff gewahrt bleibt. Wie vom Bundesverfassungsgericht entschieden, muss bei intimen Gesprächen, die ausschließlich private Aspekte betreffen, die Abhöraktion abgebrochen werden. Der von der SPD unterstützte „Richterband-Kompromiss“, bei dem ein/e Richter/in die privaten Passagen auf dem Band löscht und den Rest zur Auswertung frei gibt, lehnen wir ab. Die Ausweitung des Lauschangriffes auf Wohnräume anderer Personen, in denen sich der Verdächtige regelmäßig aufhält, darf nur auf den zwingenden Verdacht hin erfolgen, dass dort entsprechend wichtige Erkenntnisse für die Ermittlungen gewonnen werden können. Die Abhöraktion darf in den Wohnungen anderer Personen nur andauern, wenn die verdächtige Person auch anwesend ist.

Kein Großer Spähangriff!

Wir lehnen den aus Kreisen des Innenministeriums geforderten sog. Großen Spähangriff mit Videokameras in Ergänzung zur akustischen Wohnraumüberwachung ab. Bereits der Große Lauschangriff stellt einen erheblichen Eingriff in die Intimsphäre der Betroffenen dar. Ein Großer Spähangriff würde das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung und das Post- und Fernmeldegeheimnis vollständig aushöhlen. Die Tendenz des Staates, sich mit der Verheißung größtmöglicher Sicherheit zu Lasten des Datenschutzes zunehmend in höchst private Lebensbereiche einzumischen, darf nicht grenzenlos ausgedehnt werden.

Keine präventive Telefonüberwachung ohne konkreten Verdacht!

Eine präventive Telefonüberwachung ohne konkreten Hinweis auf die Vorbereitung oder Planung einer Straftat kommt aus Sicht der Jusos nicht in Frage, da dies einen unverhältnismäßigen Eingriff in das Fernmeldegeheimnis bedeuten würde und der Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung nicht gesichert wäre. Wir halten einen solchen Vorstoß für eine Abkehr vom rechtsstaatlichen Grundprinzip der Unschuldsvermutung. Die sechsmonatige Speicherung der Verbindungsdaten durch die Telefondienstleistungsanbieter, die seit Anfang 2008 vorgeschrieben ist, bedarf Ende dieses Jahres einer ersten grundlegenden Evaluation und Überprüfung. Sollten die sicherheitsrelevanten Erwartungen nicht erfüllt werden, fordern wir ihre sofortige Aufhebung.

Online-Durchsuchung und Bundestrojaner

Wir begrüßen das differenzierte Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bezüglich des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetzes.

Online-Durchsuchungen sind als Hausdurchsuchungen zu verstehen und dürfen nur in den vom BVerfG beschriebenen Ausnahmefällen ohne Kenntnis des Betroffenen durchgeführt werden. Die im Entwurf des BKA-Gesetzes vorgesehenen heimlichen Online-Durchsuchungen stellen einen drastischen Eingriff in die Freiheit der BürgerInnen dar. Dabei sollen Bundestrojaner für das Ausspähen von auf der Festplatte oder anderen externen Datenträgern gespeicherten Daten verwandt werden. Der Kernbereich der privaten Lebensgestaltung kann bei einer solchen Methode – selbst mit einer nachträglichen Richterprüfung – nicht geschützt werden. Zudem würde das Verschicken gefälschter Behördenmails zur Installierung von Bespitzelungssoftware einen nicht zu rechtfertigenden Vertrauensverlust in staatliche Organisationen bewirken. Konspirativ arbeitende TerroristInnen sind damit nicht zu entlarven.

Wir Jusos sehen uns in unserem Beschluss zur klaren Ablehnung von heimlichen und breit angelegten Online-Durchsuchungen bestätigt und gehen davon aus, dass entsprechende Pläne aus BKA und Innenministerium mit dem Urteil des BVerfG nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch nichtig geworden sind.

Keine Strafverfolgung und kein IP-Auskunftsrecht bei Bagatelvergehen im Internet

Seit geraumer Zeit bemächtigt sich die Musikindustrie, und seit kurzem selbst die amerikanischen Pornostudios¹ der deutschen Gesetze, um auf Kosten des/der Steuerzahlers/Steuerzahlerin Kasse zu machen. Entsprechend spezialisierte Anwaltskanzleien verschicken Strafanzeigen zu in Tauschbörsen begangenen Urheberrechtsverletzungen mit dem ausschließlichen Ziel, an die von der Staatsanwaltschaft zur IP-Adresse ermittelte Adresse eine Abmahnung mit Unterlassungserklärung und Rechnung in Höhe mehrerer Hundert Euro zu versenden.

Dies geschah und geschieht unter Verursachung erheblicher Kosten für den/die Steuerzahler/in. Nicht nur werden die Staatsanwaltschaften unverhältnismäßig mit Arbeit belastet, da pro entsprechend tätiger Kanzlei täglich Hunderte dieser Anzeigen erstattet werden, sondern auch dadurch, dass sich jeder Internetprovider den „Service“ der Auskunft über die IP-Adresse an die Staatsanwaltschaft bis zu 40 Euro kosten lässt², was wohlgemerkt nicht von der Staatsanwaltschaft und nicht dem/der Abmahner/in bezahlt werden muss! Angesichts dieser katastrophalen Zustände zog das Amtsgericht Offenburg mittlerweile die Notbremse und untersagte der Staatsanwaltschaft weitere derartige Ermittlungen.³

Entsprechend fordern wir das bundesweite Ende derartiger Ermittlungen bei Bagatelverfahren im Urheberrechtsbereich. Staatsanwaltschaften haben andere Aufgaben als der Pornindustrie – weltweit einmalig, aber mit deutschen Gesetzen derzeit möglich – Mehreinnahmen zu generieren.

Auch ein Auskunftsanspruch der Musikindustrie bei den Internet Providern lehnen wir klar ab, da die Höhe des angeblichen Schadens zu der Aushöhlung der Persönlichkeitsrechte in keinem vernünftigen Verhältnis steht. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem vorläufigen Urteil zur Vorratsdatenspeicherung bewusst die Schranke für die strafrechtliche Nutzung solcher Daten entsprechend hoch angesetzt.

¹ Bericht c`t Ausgabe 6/2008, S. 112-114.

² Ebd.

³ <http://www.heise.de/newsticker/meldung/93693>.

BerufsgeheimnisträgerInnen

Der bislang noch nicht angetastete Abhörschutz von BerufsgeheimnisträgerInnen darf auch weiterhin auf keinen Fall gestrichen werden. Solch eine Streichung ist vom Innenministerium als Erweiterung des Paragraphen 20a des BKA-Gesetzentwurfes geplant. Selbst unter der Vorschrift einer besonderen Verhältnismäßigkeitsprüfung würde der Abhörschutz für BerufsgeheimnisträgerInnen damit faktisch abgeschafft.

Informationspflicht und Datenvernichtung nach erfolgloser Überwachung

Jede/r Bürger/in muss nach einer erfolglosen direkten Überwachung seiner/ihrer Person oder einer temporären Überwachung aufgrund des Kontaktes mit anderen Personen über diese Aktionen innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten informiert werden. Außerdem soll ihm/ihr das uneingeschränkte Recht auf Dateneinsicht vorbehalten werden. Nach der Information an den/die Betroffene/n und einer angenommenen oder abgelehnten Möglichkeit zur Dateneinsichtnahme werden die Daten gelöscht. Ausnahmen bezüglich der Informationspflicht und Datenlöschung können mit einer richterlichen Genehmigung erteilt werden. Diese ist alle sechs Monate zu erneuern.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: D 3
Thema: Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund
Antragsteller: Juso-KV Mannheim

Partizipation stärken – Für eine bessere Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an der Politik in unserem Land

Wir fordern die Ortsvereine und Kreisverbände der SPD Baden-Württemberg auf,

- Menschen mit Migrationshintergrund in die Parteiarbeit stärker einzubinden und bei Bedarf zusätzlich zu qualifizieren,
- bereits im Vorfeld der Aufstellung der Kommunalwahllisten für die Kommunalwahl 2009 nach geeigneten und aktiven KandidatInnen mit Migrationshintergrund Ausschau zu halten
- und sie bei der Aufstellung der Kommunalwahllisten den Parteigremien für aussichtsreiche Plätze vorzuschlagen.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: D 4
Thema: Zuwanderungsgesetz
Antragsteller: Juso-KV Ulm

Das Zuwanderungsgesetz verbessern!

1. Das Sprachzertifikat B1 ist die Voraussetzung zur unbefristeten Niederlassungserlaubnis. Bei bildungsfernen MigrantInnen ergeben sich jedoch massive Probleme bei der Erlangung dieses Zertifikates, weil die angebotenen 600, 900 oder 1.200 Stunden Sprachunterricht dazu nicht ausreichen. Laut Bundesamt und Ausländerbehörde können langsam lernende, sprachlich unbegabte oder lernbehinderte Menschen keine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erreichen.

Wir Jusos Baden-Württemberg fordern die individuellen Fähigkeiten dieser Menschen zu berücksichtigen und das Sprachkursangebot entsprechend anzupassen. Wir wollen, dass jede/r Einwanderer/in die Chance auf eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erhält.

2. EinwanderInnen, die das Zertifikat erreichen, können sich auf einfache Art und Weise in deutscher Sprache unterhalten. Die Sprachkenntnisse genügen aber nicht, um beispielsweise eine Ausbildung auszuführen. Zudem wird das Erlernte sehr schnell wieder vergessen.

Wir Jusos Baden-Württemberg fordern, dass ergänzende Kurse angeboten werden, die MigrantInnen befähigen, einen Beruf zu erlernen oder ein Studium aufzunehmen. Wir möchten, dass MigrantInnen ein Sprachangebot erhalten, das eine tatsächliche Integration in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft ermöglicht.

3. MigrantInnen, insbesondere wenn sie nicht aus der EU kommen, haben große Probleme mit der Anerkennung ihrer Schul- oder Berufsabschlüsse.

Wir Jusos Baden-Württemberg fordern die Bundesregierung auf, auf eine verbesserte Anerkennung der Abschlüsse hinzuwirken.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: E 2
Thema: Arbeit und Soziales
Antragsteller: Juso-KV Heilbronn

„Sozialdemokratische Politik ist machbar“

Der Wirtschaftsaufschwung und die drastisch sinkenden Arbeitslosenzahlen zeigen, dass sich die Reformanstrengungen der vergangenen Jahre gelohnt haben. Der Weg der SPD in der Regierung unseres Landes kann noch lange nicht zu Ende sein. Deutschland braucht eine starke SPD und die SPD braucht den Willen zur Regierungsfähigkeit, denn es gibt noch viel zu tun: Der Wirtschaftsaufschwung muss endlich auch diejenigen Jugendlichen erreichen, die sich seit langer Zeit vergeblich um einen Ausbildungsplatz bemühen. Der Aufschwung muss genutzt werden, um die erfolgreiche Integration älterer Menschen in den Arbeitsmarkt fortzusetzen. Und der Aufschwung muss durch die Einführung von Mindestlöhnen auch diejenigen Menschen erreichen, die bis jetzt trotz härtester Arbeit sich und ihren Familien kaum ernähren können. Und schließlich muss die SPD den Aufschwung nutzen, um durch eine mutige Reform die Alterssicherung in unserem Land endlich armutsfest und gerecht zu machen.

Ausbildung: Mehr als ein Kostenfaktor!

Die gegenwärtige Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist nicht hinnehmbar. Viele Unternehmen haben immer noch nicht begriffen, dass Ausbildung nicht in erster Linie ein betriebswirtschaftlicher Kostenfaktor, sondern eine Investition in die Zukunft unseres Landes ist. Immer noch bekommen Tausende von Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz und sind in sinnlose Warteschleifen wie das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) abgeschoben worden. Unser Land leistet es sich, trotz eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels eine Bugwelle von „AltbewerberInnen“ vor sich her zu schieben. Wenn diese Jugendlichen nicht durch zusätzliche Ausbildungsplätze aus der Perspektivlosigkeit geholt werden, ist das der Startpunkt für viele neue soziale Probleme in unserem Land.

Der von der Bundesregierung initiierte Ausbildungspakt hat die Probleme auf dem Ausbildungsmarkt nicht beseitigen können und ist gescheitert. Nur die Einführung der Ausbildungsplatzumlage kann die Situation am Ausbildungsmarkt nachhaltig verbessern. Die Ausbildungsplatzumlage ist bereits im Baugewerbe eingeführt worden und hat sich dort bewährt. Betriebe, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nach Ausbildung nicht ausreichend nachkommen, werden durch die Umlage zur Finanzierung der Ausbildung in ihrer jeweiligen Branche aufkommen.

Den Jugendlichen, die auf dem Ausbildungsmarkt schlechte Chancen haben, muss zusätzlich zur Ausbildungsplatzumlage mit staatlich geförderten Programme wie „Jump“ und PIA zum Einstieg in eine qualifizierte Ausbildung geholfen werden. Gleichzeitig muss auch die Qualität der dualen Ausbildung nachhaltig gesichert werden. Deshalb lehnen wir verkürzte Aus-

bildungsgänge entschieden ab. Nur mit einer vollwertigen Ausbildung sind ausgebildete ArbeitnehmerInnen auf das Berufsleben richtig vorbereitet, besitzen eine große Bandbreite an Qualifizierung, um bei Bedarf den Betrieb wechseln und sich ausgehend von einer soliden Grundlage fortbilden zu können.

Die Europäisierung der Ausbildung ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings darf dies nicht zur Modularisierung und Qualitätssenkung der dualen Ausbildung in Deutschland führen. Vor diesem Hintergrund kritisieren wir den vorgeschlagenen Europäischen Qualifizierungsrahmen (EQF): Ausbildung darf es nur ganzheitlich geben, nicht nur in Modulen!

Gute Arbeit verdient es, gut entlohnt zu werden!

Gute Arbeit sehen wir als Lebensinhalt eines jeden erwerbsfähigen Menschen. Derzeit arbeiten rund 2,5 Millionen Menschen für Armutslöhne. Um ein Minimum an Existenzsicherung zu erhalten, ergänzen derzeit rund 500.000 Vollzeitbeschäftigte ihr zu niedriges Einkommen durch aufstockendes Arbeitslosengeld II.

Es sollte aber nicht die Aufgabe des Staates sein, solche „working poor“-Verhältnisse durch seine Steuermittel auszugleichen, während die Arbeitgeber im Niedriglohnbereich daraus ihre Vorteile ziehen. Gerechte Löhne hingegen sind die Voraussetzung für eine starke Kaufkraft und somit für Beschäftigung und Wachstum. Wir fordern nicht nur die Ausdehnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche, sondern auch einen generellen Mindestlohn. Wir wollen, dass die Menschen ihre Aufgaben nicht als Einengung begreifen, sondern dass sie von ihrer geleisteten Arbeit gut leben können und ihr Wirken als wertvoll verstehen.

Unter „Guter Arbeit“ verstehen wir auch eine Weiterentwicklung des Arbeitslosengeldes II. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war richtig und notwendig. Allerdings fordern wir, dass der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II in Zukunft jährlich mindestens um einen Inflationsausgleich angehoben wird. Eine weitere Erhöhung des Regelsatzes darf es nur nach sorgfältiger Prüfung und nach erfolgreicher Einführung von Mindestlöhnen in allen Branchen geben, damit das Lohnabstandsgebot gewahrt bleibt.

Kurs halten, Ältere in Arbeit bringen!

Nachdem in Deutschland jahrelang die Arbeitskraft älterer Mitmenschen aus betriebswirtschaftlicher Sicht als abgeschrieben galt und der Trend der Frühverrentung immer drastischer zunahm, hat inzwischen ein Paradigmenwechsel stattgefunden, der maßgeblich von der Sozialdemokratie vorgebracht wurde. Die Erkenntnis, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung Älterer unentbehrlich für die gesamte Volkswirtschaft ist, ist dafür entscheidend.

Mit der Initiative 50plus hat die SPD in der Großen Koalition unter Federführung von Franz Müntefering bereits die Weichen gestellt für eine höhere Erwerbsbeteiligung von über 50-jährigen. Nun gilt es, nicht von diesem Kurs abzukommen, sondern weitere Anstrengungen auf diesem Gebiet zu unternehmen.

Infolge des demographischen Wandels gibt es Argumente dafür, dass die Menschen länger arbeiten müssen. Das bedeutet eine längere aktive Teilhabe am öffentlichen Leben. Einhergehend mit dem demografischen Wandel ist auch der Fachkräftemangel zu beachten. Selbst wenn die Unternehmen genügend ausbilden würden und somit die Arbeitskraft junger ArbeitnehmerInnen vollständig ausgeschöpft würde, wäre der Fachkräftemangel zwar gelindert, aber nicht vollständig behoben. Zusätzlich zur Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland, ist es daher notwendig, die Lücken mit der Berufs- und Lebenserfahrung

älterer ArbeitnehmerInnen zu kompensieren. Der Kombilohn für Ältere und der Eingliederungszuschuss für Arbeitgeber, die ältere Menschen einstellen, sind daher gute Mittel, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen.

Dies allein ist jedoch noch nicht ausreichend. Die Integration in den ersten Arbeitsmarkt muss noch stärker als bisher gefördert werden. Der Anspruch auf Förderung der Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen, die 45 Jahre und älter sind, ermöglicht gute Arbeit für die älteren ArbeitnehmerInnen. Dieser Maßnahme der Initiative 50plus muss nun ein ähnliches Modell für Arbeitssuchende folgen.

Die vom SPD-Bundesparteitag beschlossene Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für über 50-jährige auf bis zu 24 Monate ist annehmbar. Diese Maßnahme bekommt aber erst einen sozialen Charakter, wenn sie nicht als bloße Alimentierung, sondern als wirkliche Qualifizierung gestaltet wird, mit der die Vermittlungsfähigkeit der betroffenen Arbeitssuchenden verbessert wird.

Wir fordern daher, dass der Bezug von Arbeitslosengeld verpflichtend an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen gebunden wird, die ihren Namen verdienen und der tatsächlichen Steigerung der Qualifikation der/des Arbeitssuchenden in ihrem/seinem Tätigkeitsfeld entsprechen. In diesem Zusammenhang sind auch die von der Agentur für Arbeit angebotenen Maßnahmen völlig neu auszurichten. Nur wenn es gelingt, den genannten Maßnahmen einen ernst zu nehmenden Qualifikationsmehrwert zu entnehmen, ist der Arbeitslosengeld-Bezugszeitraum nicht mehr nur ein Wartezimmeraufenthalt für die Betroffenen, sondern fördert deren Aktivität und verbessert deren Chancen auf eine Wiedereingliederung in das Erwerbsleben.

Grundrente: Solidarisch und armutsfest!

Der dramatische demographische Wandel in unserem Land lässt auch das beitragsfinanzierte Rentensystem an seine Grenzen stoßen. Vor 40 Jahren lag die durchschnittliche Rentenbezugsdauer noch bei zehn Jahren, heute sind es bereits 17 Jahre. Zusätzlich steigt die Zahl der RentnerInnen, während immer weniger BeitragszahlerInnen die Finanzierung der Rente erwirtschaften müssen. Sozialdemokratische Politik darf vor diesem Trend, der sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen wird, nicht ihre Augen verschließen.

Das beitragsfinanzierte Rentensystem ist rein auf die Statussicherung der ArbeitnehmerInnen beschränkt und bestraft deshalb die Schwächsten unserer Gesellschaft: Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiographien, geringen Einkommen und Frauen. Sie sind die Verlierer und müssen heute mit niedrigen Renten, oft mit Armutsrenten, auskommen. Die Zahl der Armutsrenten in Deutschland steigt derweil weiter an. Immer mehr Menschen, auch im wohlhabenden Baden-Württemberg, müssen inzwischen im Alter von der kommunalen Grundsicherung Gebrauch machen, um zumindest ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Schon heute ist die Deckungslücke im beitragsfinanzierten Rentensystem enorm: 80 Milliarden Euro müssen jährlich aus dem Bundeshaushalt aufgewendet werden, um das System aufrecht zu erhalten. Wir fordern deshalb die Einführung einer solidarischen Grundrente, die nicht über Sozialversicherungsbeiträge, sondern über Steuern finanziert wird.

Im Gegensatz zur Beitragsfinanzierung samt Äquivalenzprinzip kann mit einer steuerfinanzierten Grundrente wirkliche Umverteilung zwischen Arm und Reich erreicht werden. Während die Beitragsfinanzierung nach dem Leistungsprinzip funktioniert, setzt die steuerfinanzierte Grundrente auf ein Prinzip, das wirklich sozialdemokratisch ist: Umverteilung. Durch

die Grundrente schaffen wir eine armutsfeste Sicherung im Alter, deren Finanzierung unabhängig vom demographischen Wandel ist.

Durch die Finanzierung über Steuern müssen zudem nicht nur die lohnabhängig beschäftigten ArbeitnehmerInnen für die Rente aufkommen, sondern es können auch Kapitaleinkommen über die Besteuerung in die Pflicht genommen werden. Die Steuerfinanzierung erzeugt zudem Wettbewerbsvorteile, weil sie den Weg für eine nachhaltige Senkung der Lohnnebenkosten freimacht.

Weitere Säulen des Rentensystems sollen in Zukunft ein wesentlich kleinerer beitragsfinanzierter Teil und die staatlich geförderte Eigenvorsorge sein, die die Sicherung des Lebensstandards im Alter herbeiführen können.

Die SPD muss endlich die steuerfinanzierte Grundrente in den Blickpunkt ihrer Bemühungen rücken. Einzelne Einschnitte im beitragsfinanzierten Rentensystem wie die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre können nicht die einzige Antwort der Sozialdemokraten auf die Probleme der Alterssicherung in Deutschland sein.

Sozialdemokratische Politik ist machbar

Wir wissen: Seit 1998 haben die deutschen SozialdemokratInnen in Regierungsverantwortung den Reformstau aus 16 Jahren CDU/FDP-Koalition aufgelöst und ein moderneres, gerechteres und weltoffenes Land geschaffen.

Die düsteren Jahre der Kohl-Regierung lehren uns, dass wir dieses Land nie wieder einer schwarz-gelben Koalition überlassen dürfen. Kündigungsschutz, Flächentarifvertrag, betriebliche Mitbestimmung, die Modernisierung der Arbeitsagenturen, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe: Die SPD hat durch ihre Politik von wirtschaftlicher Stärke und sozialem Zusammenhalt die Voraussetzungen für den Wirtschaftsaufschwung in Deutschland geschaffen. Diesen Weg wollen wir weiter gehen und dabei das Machbare umsetzen.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: E 3
Thema: Kooperative Jobcenter
Antragsteller: Juso-KV Ostalb

Das SGB II zukunftsgerichtet und nachhaltig gestalten – kommunale Stärken einbinden

Das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit entwickelte Modell des „kooperativen Jobcenters“ ist aus unserer Sicht für die Kommunen geeignet, welche die eigenverantwortliche Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II nicht selbst leisten können oder wollen. Für diejenigen Kommunen, die sich die Zuständigkeit für die Leistungen des SGB II zutrauen und die dadurch bessere Lösungen für die Hilfebedürftigen anbieten können, muss es die Möglichkeit zur eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung geben.

Die Jusos Baden-Württemberg sprechen sich für eine grundlegende Öffnung des Optionsmodells bei der Aufgabenbewältigung nach SGB II aus. Die Ausgestaltung soll dem Vorbild der 69 bereits bestehenden Optionskommunen entsprechen.

Die Kreistage (bei Stadtkreisen die Gemeinderäte) entscheiden sich nach eingehender Prüfung für eines der beiden Modelle. Die kommunale Lösung setzt dabei eine solide Finanzierung der Aufgaben durch den Bund unter Einbeziehung der Länder voraus.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: E 4
Thema: „Gute Arbeit“
Antragsteller: Juso-KV Göppingen

Resolution: Prekäre Arbeitsverhältnisse eindämmen – Gute Arbeit fördern

Fehlende Ausbildungsplätze, endlose Praktika, schlecht bezahlte und befristete Beschäftigungsverhältnisse: Viele Jugendliche sehen sich nach dem Schulabschluss oder der Ausbildung mit diesen Problemen konfrontiert. Deshalb machen wir Jusos uns für eine Qualitätssicherung im dualen Ausbildungssystem, eine gesetzliche Reglementierung von Praktika und Leiharbeit sowie die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung stark.

Qualität und Angebot der Ausbildung sichern

Das duale Ausbildungssystem hat sich in Deutschland über Jahrzehnte hin bewährt. Dennoch werden gegenwärtig in einigen Branchen – wie in Teilen des Handwerks oder im Hotel- und Gastgewerbe – gravierende Qualitätsmängel in der Ausbildung deutlich. Diese gilt es zu beseitigen, um das duale System und die dreijährige Ausbildung zu stärken. Entwicklungen in Richtung „Schmalspurausbildung“ oder Modularisierung muss ein Riegel vorgeschoben werden. Eine qualitativ hochwertige Ausbildung, die jungen Menschen Chancen für den beruflichen Aufstieg eröffnet, muss umfassende Kenntnisse in einem abgestimmten und schlüssigen Ausbildungsgang vermitteln.

Noch immer bekommen Jahr für Jahr tausende Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Aus- und Weiterbildung gehören zur gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen. Wer dieser nicht nachkommt, muss stärker in die Pflicht genommen werden.

Praktika und Leiharbeit gesetzlich reglementieren

PraktikantInnen sollen durch ihre Tätigkeit Erfahrungen sammeln, die sie aufs spätere Berufsleben vorbereiten sollen. Sie dürfen demnach keine regulär Beschäftigten ersetzen. Eine Höchstdauer von Praktika sowie eine gerechte Entlohnung müssen gesetzlich verankert werden. Dies gilt auch für Praktika, die von deutschen Organisationen und Unternehmen im Ausland angeboten werden.

Über eine halbe Millionen Menschen in Deutschland sind momentan in der Leiharbeitsbranche beschäftigt – Tendenz steigend. Leiharbeit ist ein legitimes Mittel für Unternehmen, auf Auftragsspitzen flexibel reagieren zu können. Zudem bietet sie Menschen die Chance, wieder in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Allerdings dürfen Leiharbeit und befristete Beschäftigung in Unternehmen nicht zur Regel werden, sondern müssen die Ausnahme bleiben. Nach dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ müssen Beschäftigte in der Leih- und Zeitarbeitsbranche vor Niedriglöhnen geschützt werden. Deshalb unterstützen wir

die SPD in ihren Bestrebungen, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, nachdrücklich.

Betriebliche Mitbestimmung ausbauen

Die betriebliche Mitbestimmung ist der Garant für ein positives Arbeitsklima, gute Arbeitsbedingungen und den Schutz der ArbeitnehmerInnenrechte in Betrieben. Gerade junge Beschäftigte fühlen sich in ihrem Arbeitsverhältnis aber zunehmend unwohl und unsicher – dies unterstreicht nicht zuletzt die letztjährige DGB-Jugendstudie. Ihre Interessen und Anliegen müssen in starken Jugendauszubildendenvertretungen und Betriebsräten gehört werden.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer:	E 5 neu
Thema:	Leiharbeit
Antragsteller:	Juso-KV Bodenseekreis / Juso-KV Enzkreis / Juso-KV Göppingen / Juso-KV Heilbronn / Juso-KV Pforzheim / Juso-KV Stuttgart

Leiharbeit

Das Instrument Leiharbeit ist komplex. Schwarz-Weiß-Malerei ist in diesem Bereich nicht angesagt. Eine kategorische Ablehnung der Leiharbeit ist nicht realitätsnah, vor allem geht eine solche Haltung an den Menschen vorbei, die in dieser Branche eine Chance erhalten. Deshalb müssen wir soziale und faire Rahmenbedingungen für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber schaffen.

Der Einsatz von Leiharbeit ist ein sinnvolles Mittel, damit Unternehmen in Spitzenzeiten kurzfristig und flexibel den erhöhten Produktionsengpass abfangen können. Der Einsatz von Leiharbeit darf aber mittel- und langfristig nicht auf Kosten der ArbeitnehmerInnen missbraucht werden. Deshalb fordern die Jusos Baden-Württemberg die Umsetzung folgender Maßnahmen:

1. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
 - a. Der gleiche tarifliche Grundlohn muss ab dem ersten Arbeitstag gelten. D.h. es gelten für die LeiharbeiterInnen am Einsatzort dieselben Tarifvertragsregelungen wie für die Stammbeschäftigten.
 - b. Nur bei einem Einsatz bei nicht-verbandsorganisierten Entleihern greifen Branchentarifverträge, die zwischen DGB und Zeitarbeitsfirma abgeschlossen werden. Der Gesetzgeber wird aufgefordert, die DGB-Tarifverträge für die Leiharbeitsbranche für allgemeinverbindlich zu erklären.
2. Das Betriebsverfassungsgesetz muss dahingehend abgeändert werden, dass ...
 - a. Leiharbeitskräfte am Einsatzort dieselben Rechte und Pflichten besitzen wie Stammbeschäftigte.
 - b. die LeiharbeiterInnenzahl bei der Berechnung der Anzahl von Betriebsratsmitgliedern mit herangezogen wird.
 - c. in Zusammenhang dieser beiden Forderungen (2 a. und b.) eine grundsätzliche Neubestimmung der Begriffe „Betriebszugehörigkeit“ und „ArbeitnehmerInnen“ erfolgen muss. Diese ist Voraussetzung für die Abänderung des Betriebsverfassungsgesetzes.
3. Die Entleihdauer wird auf 12 Monate begrenzt.

4. Das Synchronisationsverbot wird eingeführt. Über eine Lockerung des Synchronisationsverbots kann diskutiert werden, wenn der/die Arbeitnehmer/in hierfür einen Zuschlag erhält, je kürzer sein/ihr Arbeitseinsatz bei einem Entleiher ist.
5. Das Wiedereinstellungsverbot wird eingeführt.
6. Wir fordern eine branchenspezifische Begrenzung des Anteils von LeiharbeiterInnen in Unternehmen.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: F 1
Thema: Entwicklungszusammenarbeit
Antragsteller: Juso-AG Blaubeuren

Solidarisch die Welt mit Zukunft gestalten

Entwicklungszusammenarbeit ist weitergehend begründet als nur durch das Schlagwort „Solidarität“ suggeriert wird: Historische, ökologische, ökonomische, politische und moralische Argumente liefern eine tiefergreifendere Begründung für die Entwicklungszusammenarbeit.

Wenn auch das Deutsche Reich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wenige Kolonien besaß, wurde auch durch deutsche Vertreter koloniale Ausbeutung betrieben. Diese fand nicht nur in einem materiellen Interesse statt, sondern wurde auch durch einen Völkermord an einer namibischen Ethnie („Herero“) deutlich, der in der deutschen Kolonie „Deutsch-Südwest“ stattfand.

Auch ökologische Argumente spielen in der Begründung der Entwicklungszusammenarbeit eine gewichtige Rolle: Der Tropenwald gilt als die „grüne Lunge“ der Erde; dort ist eine Vielzahl an Naturressourcen gespeichert, die nicht verloren gehen dürfen. Häufig zielen Entwicklungszusammenarbeitsprojekte genau auf den Schutz der Ökologie ab.

Ebenfalls können ökonomische Gesichtspunkte die Entwicklungszusammenarbeit rechtfertigen. Häufig entsteht eine so genannte „win-win“-Situation, bei der längerfristig alle beteiligten Glieder der Entwicklungszusammenarbeit profitieren. Auch mit Blick auf die faktische hiesige Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die in Entwicklungsländern gefördert werden, ergibt sich ein ökonomischer Aspekt der Entwicklungszusammenarbeit.

Entwicklungszusammenarbeit ist der Schlüssel zur Verminderung von Gefahren, die aus sozialen Spannungen hervorgehen, wie es häufig bei militanten Gruppen passiert. Entwicklungszusammenarbeit ist in gewisser Weise Terrorismusbekämpfung. Extreme Flüchtlingsströme und ökonomische Existenznot können an der Wurzel bekämpft werden: Selbst wenn die Entwicklungszusammenarbeit keine Friedensgarantie liefert, erscheint sie dennoch dazu geeignet, risikomindernd zu wirken. Neben solchen Argumenten bleibt schließlich der Gedanke der globalen Solidarität bestehen: Darf es sein, dass eine kleine privilegierte Klasse ein üppiges Leben führt, während jedoch ein großer Teil der Menschheit in Hunger und absoluter Armut lebt?

Auch wenn immer wieder Anstrengungen unternommen wurden, die Entwicklungszusammenarbeit auszubauen, um allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten, stehen wir heute vor der Frage, ob die jetzigen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit so ausreichen. 2000 wurde auf dem Milleniumgipfel der Vereinten Nationen ein „Krieg gegen

die Armut“ ausgerufen. Doch dieser Krieg verebbte schnell, andere Kriege wurden geführt, die teilweise die „Milleniumsziele“ konterkarierten. Auch Deutschland liegt mit den eigenen Versprechen der Entwicklungszusammenarbeit, wie in den „Milleniumszielen“ verbrieft, zurück.

Deshalb fordern die Jusos Baden-Württemberg die Bundesregierung mit Nachdruck auf, die „Milleniumsziele“ (Millenium Development Goals) bis zum Jahr 2015 nicht nur zu erreichen, sondern über diese Ziele hinaus Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Der Großteil der acht zentralen Ziele des Milleniumsgipfel sind aus deutscher Sicht nur durch finanzielle Mittel heraus zu erreichen. Daher bleiben wir auch weiterhin bei der Forderung, die deutsche Entwicklungszusammenarbeit – gemessen in Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) – deutlich aufzustocken: Von heute etwa 0,3 Prozent auf 2015 1,0 Prozent.

Dabei stellt sich immer wieder heraus, dass den Entwicklungsländern speziell finanzielle Mittel fehlen, um geordnete Strukturen aufzubauen und vor allem um die nötigste Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Die finanzielle Entwicklungszusammenarbeit der Industrieländer reicht heute nicht mehr dazu aus, die Zinsen für die Kredite zu refinanzieren. Deshalb ist es unabdingbar, dass mittelfristiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit die vollständige Entschuldung der „Eine-Welt“-Länder ist. Die Jusos Baden-Württemberg fordern deshalb, dass die Bundesregierung in internationalen Gremien, wie der Weltbank, IWF, WTO oder der UN, auf eine Entschuldung dieser Länder hinwirkt. Nur wenn diese Entwicklungsländer von der ersten Last ihrer finanziellen Misere befreit sind, gelingt es ihnen, grundlegende Schwierigkeiten in einem Land abzubauen.

Häufig wird finanzielle Entwicklungszusammenarbeit von undemokratischen Regimes, die universelle Menschenrechte nicht anerkennen, missbraucht. Deshalb ist es wichtig, dass speziell dort die Vergabe von finanzieller Entwicklungszusammenarbeit transparent an nachweisbare Fortschritte im Verwaltungsaufbau und der Demokratisierung gekoppelt wird. Das Geld sollte für die Stärkung der Zivilgesellschaft des Landes und zur Bekämpfung von Korruptionsversuchen seitens internationaler Unternehmen eingesetzt werden. Forderung der Jusos Baden-Württemberg ist deshalb, dass die Entschuldung eines jeweiligen Landes an die Kriterien der positiven Entwicklung im Sinne der „good governance“ gebunden ist.

Grundlage einer missglückten Entwicklungszusammenarbeit ist auch die Lobbyarbeit gewisser globaler Interessensvertretungen. Stimmen aus Entwicklungsländern werden generell zu selten angehört. Dies erkennt man wenn man die Stimmanteile in Gremien des IWF und der Weltbank betrachtet: Die OECD-Staaten besitzen in diesen Gremien mit über 60 Prozent eine absolute Mehrheit, die Entwicklungsländer sind generell nicht im Maße der Bevölkerungsanteile vertreten (jeweils deutlich unter 20 Prozent insgesamt). Dies erzeugt häufig eine Hilflosigkeit der VertreterInnen der Entwicklungsländer und eine reine Interessenspolitik der Industriestaaten.

Mehr Stimmbeteiligung alleine reicht jedoch nicht aus. Die Geberländer müssen auch eine gerechte Welthandelspolitik betreiben. Das bedeutet als erstes, die Exportsubventionen dauerhaft herunterzufahren und den Entwicklungsländern zu erlauben, ihren eigenen Markt zu schützen. Momentan ist der Schaden, der der Landwirtschaft in Entwicklungsländern durch mit Exportsubventionen geförderten (und somit extrem billigen) importierten Lebensmitteln entsteht, größer als die Entwicklungszusammenarbeit, die das Exportland leistet. Dies ist eine der Ursachen der aktuellen Nahrungsmittelkrise in den Entwicklungsländern. Zusätzlich muss die Spekulation mit Lebensmitteln an der Börse eingeschränkt werden.

Außerdem sollte Deutschland gegen die weltweite Patentierung von traditionellem Saatgut vorgehen. In den vergangenen Jahren kam es geradezu zu einem Wettlauf der Lebensmittel-

konzerne um Patente auf Saatgut. Dabei sicherten sie sich diese Rechte auf Saatgut von seit Jahrhunderten kultivierten Pflanzen und treiben mit den anschließenden Patentgebührrforderungen viele KleinbauerInnen in den Ruin oder verbieten den weiteren Anbau der Pflanzen, um eigenen Züchtungen eine bessere Marktposition zu verschaffen. Dieser illegitimen Ausbeutung des Erbes der Menschheit sollte ein Ende gesetzt werden.

Wir fordern die Umsetzung der „Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit“, die den institutionellen Reformbedarf in der deutschen Entwicklungspolitik aufzeigt. Das Nebenher von technischer und finanzieller Zusammenarbeit, Doppelstrukturen und Kompetenzunklarheiten sind im internationalen Vergleich nicht mehr zukunftsfähig.

Wir fordern daher die Zusammenführung der finanziellen Zusammenarbeit der KfW-Entwicklungsbank und der technischen Entwicklungszusammenarbeit der GTZ in eine gemeinsame Entwicklungszusammenarbeitsinstitution wie sie dem BMZ von unabhängigen Gutachtern vorgeschlagen wurde. Die beiden bisherigen Institutionen werden unter einem organisatorischen Dach zusammengeführt und aus der KfW-Bankengruppe ausgegliedert. Der Vorsitz in dem paritätisch zu besetzenden Aufsichtsrat führt das BMZ, in dessen Haushalt die bisher getrennten Mittel zusammengeführt werden.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: F 2
Thema: Darfur-Konflikt
Antragsteller: Juso-KV Heidelberg

Politische Maßnahmen gegen den Darfur-Konflikt ergreifen

Die Jusos setzen sich für schnelle und vor allem umsetzbare Lösungen im Darfur-Konflikt ein.

Erste Schritte sollen sein:

- Deutschland muss seinen Einfluss innerhalb der EU und UN geltend machen, um gezielte Sanktionen gegen das Regime in Khartum einzusetzen.
- Die deutsche Bundesregierung soll auf eine einheitliche europäische Positionierung zu Darfur dringen.
- Deutschland muss sich innerhalb der EU für ein vollständiges Einfrieren der Visa-Erteilung an sudanesischen Regierungsmitglieder und ihre Familien einsetzen, damit diese keine luxuriösen Einkaufstrips nach Paris und Mailand machen können.
- Eine Erhöhung des diplomatischen Drucks auf das Regime in Khartum mit dem Ziel, humanitären Organisationen den ungehinderten und sicheren Zugang zu allen ZivilistInnen in Not zu ermöglichen.
- Der Sudan verwendet 70 Prozent seiner Erdöleinnahmen für Militärausgaben, die ihrerseits größtenteils mit China und Russland abgewickelt werden. Aus diesem Grund sollen – in Kooperation mit den USA - alle in Euro notierten finanziellen Transaktionen durch die sudanesischen Regierung bis auf Weiteres eingefroren werden.
- Deutschland muss alle Konten von angeklagten KriegsverbrecherInnen und deren Gefolgsleute einfrieren, welche nicht mit dem Internationalen Strafgerichtshof kooperieren.
- Deutschland muss dem Internationalen Strafgerichtshof aktiv bei der Anklage weiterer KriegsverbrecherInnen zur Seite stehen und dies gegebenenfalls finanziell unterstützen.
- Der UNAMID (African Union/United Nations Hybrid operation in Darfur) ist anzubieten, ihre Friedensmission logistisch und mit Sachleistungen zu unterstützen.
- Die Situation der Flüchtlinge aus Darfur, die in und um Khartum Zuflucht gefunden haben, muss verbessert werden. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass

humanitäre Hilfswerke aus Deutschland, die den Flüchtlingen helfen, unterstützt werden.

- Die UN soll aufgefordert werden, die Anzahl der FriedenshelferInnen in den Flüchtlingsgebieten um Khartum aufzustocken.
- Deutschland muss sich an der Umsetzung des Friedensvertrages beteiligen und seine Zusagen zur Wiederaufbauhilfe einhalten sowie andere Länder dazu auffordern, dies ebenfalls zu tun. Der Konflikt im Süden steht in einem direkten Verhältnis zum Konflikt im Sudan; ein schneller und guter Wiederaufbau dort hätte Signalwirkung für die ganze Region. Solange nicht ein ökonomisch erstarkender Süden zeigt, dass sich Frieden lohnt, werden die Konfliktparteien - wie bislang auch – keinen Grund für Friedensverhandlungen sehen.
- Deutschland muss sich für Friedensverhandlungen auf allen Ebenen einsetzen. Das Scheitern der letzten Friedensverhandlungen lag u.a. daran, dass es nicht gelang, die lokalen Rebellengruppen zu vereinigen und gleichzeitig die Nachbarländer nicht einbezogen wurden. Sollen zukünftige Friedensverhandlungen erfolgreicher sein, müssen alle Gruppen aus der Region einbezogen werden.

Da der Darfur nur Teil eines regionalen Ressourcenkonflikts ist, kann ein langfristiger Friede nur unter Einbezug der Nachbarländer geschehen. Deutschland muss sich deshalb auch dafür einsetzen, diese mit an den Verhandlungstisch zu holen.

- Wenn diese Maßnahmen den Völkermord in der Krisenregion nicht stoppen können, schließen wir eine Beteiligung der Bundeswehr im Rahmen eines UN-Mandats nicht aus.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer:	F 4 neu
Thema:	Olympische Spiele 2008
Antragsteller:	Juso-KV Freiburg / Juso-KV Tübingen

Olympische Spiele 2008

Die aktuelle Diskussion um einen Boykott der Olympischen Spiele in Peking ist gleichzeitig eine Diskussion über die Rolle der Menschenrechte in der Außenpolitik.

Wir sprechen uns klar gegen einen Boykott der Olympischen Spiele aus. Unserer Meinung nach bewirkt ein Boykott außer Schlagzeilen gar nichts. Die devote, völlig unkritische Haltung von DOSB und IOC, die sogar den AthletInnen nahe legen, trotz der aktuellen Vorkommnisse auf jede Form des Protests und der Kritik zu verzichten, darf aber nicht weiter toleriert werden.

Es muss allen internationalen Partnern klar sein, dass die Menschenrechte die wichtigste Grundlage der deutschen Politik darstellen. Der Einsatz für die Menschenrechte darf nicht nur Beiwerk der deutschen Politik sein. Vor allen Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit muss zuerst sichergestellt sein, dass im betreffenden Land die Menschenrechte eingehalten werden.

Auch in der Europäischen Union müssen die Menschenrechte grundlegend für die Gestaltung ihrer auswärtigen Beziehungen, insbesondere zu ihren Kooperationspartnern, sein. Hierbei ist ein mehrstufiges Vorgehen nötig. Unter anderem sollten nach dem Einfrieren der offiziellen Dialoge international abgestimmte Wirtschafts- und Militärsanktionen folgen, wie z.B. ein Waffenlieferungs- und -einkaufsstopp, das Einfrieren von Konten und Finanzhilfen sowie Einreiseverbote.

Wir fordern ein stärkeres Mitspracherecht der NGOs in der Außenpolitik, da diese sich in ihren Einsatzländern oft besser auskennen als die staatlichen Stellen. Ein offener Dialog über die Einhaltung der Menschenrechte muss jede Beziehung begleiten. Diese Dialoge dürfen nicht durch tagespolitische Ereignisse überschattet werden oder als diplomatisches Druckmittel missbraucht werden. Es muss klar sein, dass für die deutsche Politik die weltweite Einhaltung der Menschenrechte oberstes Ziel ist. Dementsprechend muss die deutsche Politik darauf hinwirken, dass jede finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung an die Einhaltung dieser Bedingungen gebunden ist. Direkte humanitäre Hilfsleistungen bleiben davon ausgenommen.

Wir fordern ein Siegel der Menschenrechte für alle im In- und Ausland tätigen deutschen Firmen, das die Einhaltung des ILO-Katalogs (Decent Work Agenda) in den eigenen Betrieben sowie denen ihrer Zulieferer und Partnerunternehmen bestätigt.

Auch die deutsche Wirtschaft muss sich verpflichten, die Einhaltung der Menschenrechte in allen Handlungen höher zu bewerten als den reinen Profit. Unternehmen, die dieses Siegel der Menschenrechte nicht tragen, sollen in Zukunft nicht mehr durch das Außenministerium oder die EU unterstützt werden.

Wir fordern alle Unternehmen, die an den Olympischen Spielen beteiligt sind, ob als Sponsor oder anderweitig, dazu auf, noch vor Beginn der Spiele für die Einhaltung der ILO-Kriterien in ihren Betrieben zu sorgen.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: G 1
Thema: Feminismus
Antragsteller: Juso-KV Ulm

Feminismus JETZT!

Wir brauchen weiterhin eine starke Frauen- und Gleichstellungspolitik in unserem Verband, die sowohl von Männern als auch Frauen gestaltet wird. Folgende Methoden können dazu beitragen, unserem gemeinsamen Ziel der Gleichberechtigung näher zu kommen:

1. Feministische Themengebiete sollen stärker in die Verbandsarbeit aufgenommen werden. Dazu gehören beispielsweise die Themen:
 - Geschichte und Ziele der Frauenbewegung
 - Die Jusos als feministischer Richtungsverband
 - Sexismus
 - Frauen auf dem Arbeitsmarkt
 - Frauenhandel und Zwangsprostitution
 - Häusliche Gewalt
 - Frauen in anderen Kulturen und Religionsgemeinschaften
 - Ehegattensplitting
 - Familiengesetzgebung
 - Frauenarmut
 - Geschlechtsspezifische Berufswahl
 - usw.
2. Der Landesverband soll Projekte in Kreisverbänden unterstützen, die geeignet sind, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranzutreiben und junge Frauen als Mitglieder zu gewinnen.
3. Der Landesvorstand wirkt, wo es ihm möglich ist, an der Verwirklichung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen mit.
4. Vom Landesvorstand soll angeregt werden, dass sich das Landesmagazin in einer Ausgabe dem Thema „Feminismus“ widmet.
5. Auf allen Neumitgliederseminaren soll eine Einführung zum Thema „Feministischer Richtungsverband“ sowie zur Geschlechterquote erfolgen.
6. Bei der Auswahl von ReferentInnen für Verbandswochenenden, Landesausschüssen und Landesdelegiertenkonferenzen soll darauf geachtet werden, dass diese nicht nur männlichen Geschlechts sind.

Gleichberechtigung geht alle an! Lasst uns weiterhin eintreten für Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern!

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: G 2
Thema: Eingetragene Lebenspartnerschaft
Antragsteller: Juso-KV Esslingen

Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft vollenden

Die SPD-Bundestagsfraktion soll einen Gesetzesentwurf zur Ergänzung des Lebenspartnerschaftsrechts ausarbeiten und in den Bundestag einbringen. Dieser Entwurf möge folgendes enthalten:

1. Die eingetragenen Lebenspartnerschaften sollen im Erbschaftssteuerrecht, im Einkommenssteuerrecht und im Beamtenrecht in den Rechtsfolgen der Ehe gleichgestellt werden.
2. Es soll eingetragenen Lebenspartnerschaften ermöglicht werden, auch nicht leibliche Kinder zu adoptieren.
3. Die Lebenspartnerschaften sollen bundesweit einheitlich auf dem Standesamt geschlossen werden können.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: G 3
Thema: Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung
Antragsteller: Juso-KV Heidelberg

Diskriminierungsverbot ins Grundgesetz

Die Jusos Baden-Württemberg fordern eine Ergänzung des Gleichheitsartikels des Grundgesetzes (Artikel 3, Absatz 3 GG) um das Merkmal „sexuelle Identität“. In einem erweiterten Artikel 3, Absatz 3 GG soll es in Zukunft heißen:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seiner sexuellen Identität, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Die Jusos Baden-Württemberg rufen die SPD-Bundestagsfraktion auf, für eine Erweiterung des Gleichheitsartikels des Grundgesetzes einzutreten und noch in dieser Legislaturperiode eine entsprechende Initiative zu starten.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: 12
Thema: Generation Praktikum
Antragsteller: Juso-KV Karlsruhe-Land

Für die Besserstellung der Rechte von PraktikantInnen – Gegen die Ausbeutung von PraktikantInnen

1. Status:

Obwohl PraktikantInnen bereits im Arbeitsrecht und im Berufsbildungsgesetz (§ 26 i.V.m. §10 BBiG) vage definierte Rechte haben, ist eine rechtliche Anpassung vorzunehmen. Wir fordern daher, eine klare gesetzliche Regelung des PraktikantInnenstatus. Die PraktikantInnenstelle erhält den offiziellen Status eines „Fortbildungsverhältnisses“.

2. Arbeitsbedingungen

Arbeitgeber und PraktikantInnen müssen Ziele und Bedingungen des Praktikums schriftlich vereinbaren, wobei der Erwerb von beruflichen Qualifikationen eindeutig im Vordergrund zu stehen hat. Weiter soll dieser Vereinbarung entnommen werden, dass der/die Praktikant/in einen Einblick in die wesentlichen Bereiche des Unternehmens zu bekommen hat.

Jede/r Praktikant/in muss am Arbeitsplatz eine/n feste/n Ansprechpartner/in zur Verfügung gestellt werden.

Generell brauchen PraktikantInnenstellen eine zeitliche Begrenzung von maximal 12 Monaten, sodass Arbeitgeber keinen Anreiz mehr haben, reguläre Arbeitsplätze durch PraktikantInnenstellen zu ersetzen.

3. Vergütung

Die Arbeit von PraktikantInnen verdient eine angemessene Entlohnung. Deshalb fordern wir eine „sozial gerechte Vergütung“, die sich an Ausbildungsgehältern orientieren soll ab einer Länge von zwei Monaten, damit eine eigenständige Grundversorgung gewährleistet ist. Für PraktikantInnen ohne Vordiplom ist mindestens eine Entlohnung in Höhe des Ausbildungsgehaltes der entsprechenden Berufsgruppe im ersten Lehrjahr zu entrichten. Für PraktikantInnen mit Vordiplom ist mindestens eine Entlohnung in Höhe des entsprechenden Ausbildungsgehaltes im dritten Lehrjahr zu entrichten. Sofern der Betrieb, indem der/die Praktikant/in beschäftigt wird, über keine entsprechenden Auszubildenden verfügt, so finden die tariflich festgelegten Ausbildungsgehälter der entsprechenden Berufsgruppe Anwendung.

4. Sozialversicherung:

Der/die Praktikant/in muss vom Arbeitgeber sozialversichert werden.

5. Prävention:

Wir brauchen eine effektive Aufklärungskampagne, die das Anliegen und die Rechte der jungen Menschen thematisiert. Die Probleme müssen publik gemacht und Arbeitgeber wie Öffentlichkeit sensibilisiert werden, ohne unnötig Panik und Verunsicherung bei AbsolventInnen zu verbreiten, aber auch ohne Verschleierung des Problems.

Die Hochschulen sind aufgerufen, sich aktiv daran zu beteiligen und schon bestehende Strukturen, wie „Alumni-Treffen“ oder Beratungsstellen als Aufklärungsmittel zu nutzen.

Unternehmen, die mit PraktikantInnenstellen reguläre Arbeitsverhältnisse ersetzen, dürfen von der öffentlichen Hand nicht beauftragt oder gefördert werden.

Die Betriebs- und Personalräte sind aufgerufen, ihre Betreuung auch auf PraktikantInnen auszudehnen und sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen.

Die Bundesagentur für Arbeit ist aufgefordert, AbsolventInnen einer Ausbildung oder HochschulabsolventInnen nur in Praktika mit definierten Mindeststandards zu vermitteln.

Wir fordern eine Obergrenze von PraktikantInnen von maximal 20 Prozent der Beschäftigten.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer:	14
Thema:	Haushaltskonsolidierung
Antragsteller:	Juso-KV Alb-Donau / Juso-KV Enzkreis / Juso-KV Ostalb / Juso-KV Pforzheim / Juso-KV Sigmaringen / Juso-KV Tuttlingen

Kurs halten: Haushaltskonsolidierung geht alle an!

Die Reformanstrengungen der SPD in der Bundesregierung zahlen sich für die Menschen in Deutschland aus: Die Arbeitslosigkeit hat den niedrigsten Stand seit der Deutschen Einheit erreicht und die Nettoneuverschuldung ist von 31,2 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 11 Milliarden Euro in diesem Jahr gesunken. Diese positive Entwicklung auf dem Feld der Haushaltskonsolidierung ist aus unserer Sicht der Verdienst der Politik von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück.

Wir bleiben dem finanzpolitischen Ziel verpflichtet, möglichst rasch einen ausgeglichenen Bundeshaushalt zu erreichen. Peer Steinbrück hat diesen für spätestens 2011 veranschlagt. Wir sind zuversichtlich, dass bei Fortdauer des konjunkturellen Aufschwungs dieses Ziel in den nächsten drei Jahren auch erreicht werden kann.

In diesem Zusammenhang verurteilen wir die gegenwärtig in der Großen Koalition um sich greifende Disziplinlosigkeit bei der Haushaltskonsolidierung. Wir rügen besonders das Verhalten der BundesministerInnen Glos, Schavan, Tiefensee und von der Leyen, die zusätzliche Ausgabenwünsche in Milliardenhöhe beim Bundesminister der Finanzen angemeldet haben, ohne Vorschläge zu Ausgabenkürzungen an anderen Stellen ihres Etats unterbereitet zu haben.

Gerade Familienministerin von der Leyen, die in den letzten Monaten von Peer Steinbrück bereits beachtliche Mehrausgaben bewilligt bekommen hat, ist hinsichtlich zusätzlicher Mittel besonders maßlos.

Wir stellen fest:

1. Die Konsolidierung des Bundeshaushaltes muss unter der klugen und richtigen Führung von Peer Steinbrück fortgesetzt werden.
2. Neoliberale Kräfte wollen den Staat kaputt sparen. Diejenigen, die immer noch an die wirtschaftspolitischen Konzepte der 1970er Jahre glauben, fordern dagegen Verschuldungsprogramme und „deficit spending“. Beide Ansichten sind falsch und werden von uns zurückgewiesen, weil sie unseren Staat in den Ruin führen würden.
3. Moderne sozialdemokratische Politik überwindet diese ideologischen Gegensätze: Wir konsolidieren den Bundeshaushalt mit Augenmaß, um den Sozialstaat zu erhalten.

ten.

- 4.) Deswegen treten wir auch im Zuge der Föderalismusreform II für die Aufnahme einer Schuldenbremse ins Grundgesetz ein, wodurch die Nettokreditaufnahme von Bund, Ländern und Gemeinden innerhalb eines Vierjahreszyklus auf maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden soll.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: 16
Thema: Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)
Antragsteller: Juso-KV Mannheim / Juso-KV Rhein-Neckar

Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)

Die Jusos Baden-Württemberg sprechen sich klar und deutlich gegen die von mehreren Bundesländern gemeinsam geplante und durch die Landesregierung von Baden-Württemberg vorangetriebene Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArbSchG) aus und fordern die SPD Baden-Württemberg, die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, ihren jeweiligen politischen Einfluss geltend zu machen, um diese Novellierung zu verhindern.

J u s o s B a d e n - W ü r t t e m b e r g

Antragsnummer: S 1
Thema: Jugendgemeinderäte
Antragsteller: Juso-KV Göppingen

Jugendbeteiligung fördern – Jugendgemeinderäte stärken

Wir Jusos fordern die Landesregierung auf, § 41a, (1) der baden-württembergischen Gemeindeordnung zu revidieren. Die fakultative Formulierung über die Einrichtung von Jugendgemeinderäten muss durch eine appellative ersetzt werden.

Jugendgemeinderäte sollen des Weiteren bei allen jugendrelevanten Fragen ein Anhörungsrecht in den Gemeinderäten erhalten. Zusätzlich soll in der Gemeindeordnung ein verbindliches Rede- und Antragsrecht für Jugendgemeinderäte in den Stadt- und Gemeinderäten festgelegt werden.

Ergebnis der Wahlen zum Juso-Landesvorstand:

Wahl des Juso-Landesvorsitzenden:

Anzahl der abgegebenen Stimmen: 130
Anzahl der gültigen Stimmen: 130

Name	Kreisverband	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Roman Götzmann	Karlsruhe-Land	93	32	5

Roman Götzmann ist mit 71,54 Prozent der gültigen Stimmen wiedergewählt.

Wahl der stellvertretenden Juso-Landesvorsitzenden:

Anzahl der abgegebenen Stimmen: 133
Anzahl der gültigen Stimmen: 132

Name	Kreisverband	Stimmenzahl
Stephan Binsch	Sigmaringen	77
Frederick Brütting	Ostalb	106
Daniel Campolieti	Stuttgart	67
Yvette Melchien	Karlsruhe-Stadt	101
Bettina Schulze	Ulm	56
Isabel Steinweg	Heidelberg	91
Natalie Wöllenstein	Konstanz	105
Fabian Wunderlich	Waldshut	99

Ergebnis der Wahlen der Delegierten zum Juso-Bundesausschuss:

Anzahl der abgegebenen Stimmen: 130
Anzahl der gültigen Stimmen: 126

Name	Kreisverband	Stimmenzahl	Anmerkungen
Daniela Harsch	Reutlingen	85	gewählt
Parsa Marvi	Karlsruhe-Stadt	65	gewählt
Deniz Schirin	Rems-Murr	51	nicht gewählt

Ergebnis der Wahlen der Delegierten zum Juso-Bundeskongress:

Name	Kreisverband	Stimmenzahl	Anmerkungen
Julia Achtstätter	Rhein-Neckar	84	Delegierte
Güven Akdeniz	Neckar-Odenwald	72	Delegierter
Kristof Becker	Rhein-Neckar	54	Ersatz-Delegierter
Stephan Binsch	Sigmaringen	73	Delegierter
Luisa Boos	Emmendingen	34	Ersatz-Delegierte
Andreas Borowiak	Emmendingen	31	Ersatz-Delegierter
Rana Büyükyilmaz	Karlsruhe-Stadt	74	Delegierte
Ivan Curkovic	Heilbronn	61	Delegierter
Hanna-Louise Dörr	Pforzheim	50	Delegierte
Igor Gilitschenski	Stuttgart	51	Delegierter
Roman Götzmann	Karlsruhe-Land	84	Delegierter
Daniela Harsch	Reutlingen	81	Delegierte
Michael Hitz	Lörrach	35	Ersatz-Delegierter
Benedikt Hummel	Mannheim	72	Delegierter
Rebecca Hummel	Reutlingen	29	Ersatz-Delegierte
Tolga Kaya	Esslingen	27	Ersatz-Delegierter
Felix Klemt	Heidelberg	18	Ersatz-Delegierter
Carlo Knotz	Ulm	37	Ersatz-Delegierter
Philipp Lamparter	Reutlingen	44	Ersatz-Delegierter
Caterina Maack	Ludwigsburg	37	Ersatz-Delegierte
Sebastian Riegel	Tübingen	33	Ersatz-Delegierter
Daniel Rock	Böblingen	12	Ersatz-Delegierter
Fabian Rothfuß	Tuttlingen	75	Delegierter
Cathy Röwer	Karlsruhe-Land	62	Delegierte
Stephan Scheeff	Esslingen	25	Ersatz-Delegierte
Deniz Schirin	Rems-Murr	47	Delegierter
Bettina Schulze	Ulm	47	Delegierte
Melanie Seidenglanz	Mannheim	48	Delegierte
Evelyn Simmler	Biberach	31	Ersatz-Delegierte
Holger Simon	Tübingen	46	1. Ersatz-Delegierter
Marlene Steg	Heilbronn	46	1. Ersatz-Delegierte
Isabel Steinweg	Heidelberg	73	Delegierte
Frederic Striegler	Biberach	54	Delegierter
Manuel Thiel	Freudenstadt	50	Delegierter
Fabian Vesper	Ortenau	59	Delegierter
Florian Wahl	Böblingen	47	Delegierter
Jörn Warnecke	Freiburg	28	Ersatz-Delegierter
Christina Weber	Ostalb	58	Delegierte
Adrian Wiemer	Bodenseekreis	42	Ersatz-Delegierter
Natalie Wöllenstein	Konstanz	82	Delegierte
Tim Zajontz	Göppingen	46	Ersatz-Delegierter
Mark Zanger	Rastatt/Baden-Baden	59	Delegierter